

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister**

### **1) ÖBB - Infrastruktur Bau AG, ÖBB - Strecke Mogersdorf – Graz, km 245,8052 bis km 246,3510, Graz-Ostbahnhof, Errichtung einer Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas und Mineralöle**

GR. Dipl.-Ing. **Topf** stellt folgende Anfrage:

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Es geht in meiner Anfrage um ein Sachthema, das uns schon einige Zeit sowohl im Bezirksrat des Bezirkes Jakomini mit der dort betroffenen Bevölkerung als auch hier im Gemeinderat beschäftigt hat, nämlich ganz konkret um die ÖBB-Infrastruktur Bau AG, um das Projekt im Bereich der ÖBB-Strecke Mogersdorf – Graz, Graz. Ostbahnhof, ich erspare Ihnen die Eisenbahnkilometer, Errichtung einer Freilade- und Umschlagplattform für Flüssiggas und Mineralöle. Meine Anfrage richtet sich, sehr geehrter Herr Bürgermeister an dich. Vorerst möchte ich der Ordnung halber festhalten, dass für die im Betreff genannten Anlagen, also um die vorher genannte Umschlagplattform und Freiladeanlage ein in Rechtskraft erwachsener eisenbahnrechtlicher Baugenehmigungsbescheid des Landeshauptmannes von Steiermark mit GZ vom 31. 12. 2005 vorliegt und das wesentlich Neue ist das, ist der Sachverhalt, dass mit Bescheid vom 28. November 2006 dieser Bescheid ergänzt wurde.

Bei einer Stadtteilversammlung im Bezirk Graz – Jakomini und das ist uns allen bekannt, am 06.04.2006, also beinahe vor einem Jahr, hat die anrainende Bevölkerung große Befürchtungen und Sorgen insbesondere die Flüssiggasanlage betreffend geäußert, auch die Vertreter der Grazer Berufsfeuerwehr und der Feuerpolizei sind ebenfalls von einem nicht unerheblichen Gefährdungspotential ausgegangen und gehen nach wie vor davon aus.

Mehrfach wurden in der Vergangenheit sowohl durch den Bezirksrat des Bezirkes Jakomini gemeinsam mit den besorgten Bürgerinnen und Bürgern als auch hier im Gemeinderat, Kollegin Rücker zum Beispiel hat hier Initiativen gesetzt, um einerseits nochmals intensiv auf die Gefahrenmomente durch die Flüssiggasanlage

hinzuweisen und andererseits den konkreten Umsetzungsstand zu erkunden, auch da hat es immer wieder Anfragen an die Gemeinderäte, an den Bezirksrat gegeben.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs die

### **A n f r a g e:**

Wie stellt sich derzeit hinsichtlich der gegenständlichen Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas der Sachverhalt sowohl in rechtlicher, weil es hat einen Ergänzungsbescheid gegeben, als auch fachlicher Sicht dar?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, bevor der Herr Gemeinderat Slamanig seine Anfrage stellt, möchte ich noch festhalten, dass auch der Grüne Klub vor hatte, mich betreffend Ostbahnhof heute zu fragen, da wurde dann darauf verzichtet, also es war heute der Wunsch von drei Fraktionen da, dass ich Auskunft gebe.

## **2) Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof**

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR. **Slamanig**: Geschätzter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Also ich brauche dem Problem eigentlich nichts mehr hinzufügen. Am 19. Oktober 2006 hat der Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossen, dass mit den ÖBB, der Landesregierung und allen zuständigen Behörden sofort Verhandlungen aufgenommen werden, damit die geplante und bewilligte Flüssiggasverladestation am Ostbahnhof an einen anderen Standort verlegt wird.

Seit damals gab und gibt es weiterhin Bauarbeiten beim Ostbahnhof. Die AnrainerInnen befürchten, dass die Bundesbahnen sich über ihre Versprechungen eines Baustopps hinwegsetzen und trotz aller Zugeständnisse einen anderen Standort zu suchen, die Flüssiggasverladestation errichten.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Mit welchen Ergebnissen wurden die sofort eingeleiteten Verhandlungen des Vorjahres mit den ÖBB, der Landesregierung und den zuständigen Behörden abgeschlossen, beziehungsweise welche Zwischenergebnisse gibt es für laufende Verhandlungen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke vielmals, ich glaube, dass alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ein großes Interesse daran haben zu erfahren, wie es hier mit dieser Freiladeanlage und Umschlagplattform für Flüssiggas und Mineralöle weitergeht, es sind ein paar Zungenbrecher dabei. Im Bereich des Ostbahnhofes betreiben die ÖBB seit den 50er-Jahren, also schon über sechs Jahrzehnten eine sogenannte Flüssiggasumfüllanlage. In der Praxis ist das nichts anderes als ein zusätzliches Gleis, auf dem ein Waggon steht, ein Waggon, mit dem Gas transportiert wird, es ist eine sogenannte Freiladeanlage als Umschlagplattform für Flüssiggas und Mineralöle. Für diese Errichtung der Anlage mit Nachrüstung nach neuesten Sicherheitsstandards wurde seitens der ÖBB Infrastrukturbau AG beim Land Steiermark um Bewilligung nach dem Eisenbahngesetz angesucht. Am 21. Dezember 2005 ist dieser Bescheid von der Fachabteilung 18e ergangen und jetzt am 28. November 2006 wurde dieser Bescheid, ich sage jetzt einmal, Gott sei Dank, um weitere Vorschriften ergänzt. Ich darf daraus zitieren: 1. Während der Bauarbeiten hat ein fachkundiges Unternehmen ständig anwesend zu sein, das mit Metalldetektoren auf Vorhandensein von militärischen Sprengmitteln untersucht und ein Gutachten eines Sachverständigen für das Sprengmittelwesen ist vorzulegen.

Nachdem ja gerade im Krieg die Bomben meistens auf die Bahnhöfe gefallen sind, war das ein ganz, ganz wichtiges Thema. Am 16. Oktober 2006 wurde auf dem Baugelände eine Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden und vom Entminungsdienst des Bundesministeriums für Inneres entschärft. Vor allem bei den Bauarbeiten wird das Gefährdungspotential am höchsten eingestuft. Mittlerweile liegt in einem Bereich für 120 Metern diese Bescheinigung für die Unbedenklichkeit bezüglich Kriegsdelikte vor, es haben alle Bohrungen dort stattgefunden. Für den weiteren Bereich von 160 Meter gibt es heute Gespräche vor Ort mit dem Sachverständigen der Firma Koch.

2. Für den Mischwasserkanal sind Ausführungspläne vor allem hinsichtlich der Dichtheit vorzulegen. Das ist auch ein ganz wichtiges Thema, weil Flüssiggas, wenn es austreten sollte aus einem Waggon oder beim Verladen sich entweder verflüchtigt, aber in erster Linie, weil schwerer als Luft, absinkt und die Gefahr vor allem der geschlossenen Räume besteht, sprich, das Eintreten dieses Gas in das Kanalsystem gilt es zu verhindern. Und ganz wichtig und das ist jetzt neu: 3. Es ist ein Brandschutzkonzept samt einer Stellungnahme der Grazer Berufsfeuerwehr zur weiteren Beurteilung durch einen Sachverständigen vorzulegen. Als Bürgermeister der Stadt Graz habe ich Kontakt mit den ÖBB. Damals nicht nur versprochen, sondern auch sofort aufgenommen, für Gespräche über den Standort und die technische Sicherheitsausführung dieser Freiladeanlage geführt. Der von mir vereinbarte Termin vor Weihnachten mit dem Vorstandsvertreter der ÖBB wurde von diesem kurzfristig abgesagt. Am 2. März dieses Jahres habe ich jetzt nicht Vorstandsdirektoren, aber immerhin drei Vertreter der ÖBB Holding beziehungsweise Infrastrukturbau zu mir ins Rathaus gebeten. Seitens dieser wurde am Ziel, die Umschlagsplattform aus Versorgungsgründen für die Kunden in der Stadt Graz zu belassen, festgehalten. Das heißt, sie wollen diese Gasverladestation als ÖBB in Graz errichten. Es gibt eine in Wien, es gibt eine in Gleisdorf und soweit ich weiß, ist das die nächste dann von Graz weg und es gibt quasi den Umschlagsplatz Graz. Man ist selbstverständlich an der Erfüllung aller Sicherheitsstandards interessiert und wird mit der Grazer Berufsfeuerwehr die erforderlichen Konzepte erarbeiten. Gespräche darüber soll es demnächst geben. Man ist sehr auch an einer sachlichen Information der Bezirksbevölkerung interessiert. Mir als Bürgermeister ist es wichtig, dass seitens des zuständigen Feuerwehrreferenten diese Brandschutzkonzepte auch entwickelt werden, um allen Sicherheitsbedenken der Bevölkerung gerecht zu

werden. Es wird eine Einladung von mir geben, eine Einladung, die an alle Gemeinderatsklubs ergehen wird, an alle Stadtreger, aber auch an die Bezirksvorsteher und zusätzlich werden auch alle Abteilungen der Stadt Graz, die hier involviert sind, das ist in erster Linie die Feuerwehr, die Bauämter und das Kanalbauamt, dann eingeladen werden. Das heißt, es wird einen gemeinsamen Termin auch mit der ÖBB geben. Mir war es wichtig, noch einmal zu deponieren, dass der Gemeinderat sich diese Verladestation in Graz nicht wünscht, juristisch wissen wir auch, dass von Seiten des Landes eben mit diesen Vorgaben jetzt einiges zu bearbeiten ist, da bitte ich auch noch einmal den Herrn Vizebürgermeister, dass er mit der Feuerwehr hier die strengsten Auflagen auch vorsieht, damit nichts passieren kann in Zukunft, falls es nicht zu verhindern sein sollte. Mir ist es aber auch wichtig, dass wir hier gemeinsam nicht nur dann vor Ort auch mit der Bezirksbevölkerung sprechen, sondern auch hier im Rathaus einmal eine Information bekommen. Und mir war es auch einmal wichtig zu erfahren, wer braucht denn dieses Flüssiggas in dieser Stadt und was passiert damit. Ich habe mich damit vorher eingehend nicht beschäftigt, jetzt haben ich es getan. Angeblich, das ist einmal die erste Antwort, die ich bekommen habe, gibt es seit den 50er-Jahren in etwa ein gleichbleibendes bis leicht sinkendes Volumen an Flüssiggas, das gebraucht werden soll. Ich habe gesagt, ich hätte genaue Daten gerne, das heißt, in etwa 100 Wagons werden jährlich in Graz, wenn man so sagen darf, entladen und umgeschlagen, da kommen, so muss man das verstehen, relativ simpel gesprochen, einfach die Gasfahrzeuge, die Lkw, die dorthin kommen, ihren Schlauch anschließen an den Waggon und dann mit dem Gas auch wieder durch das Stadtgebiet von Graz fahren und Haushalte oder Unternehmen beliefern. Es ist der derzeitige Stand, sie arbeiten jetzt alle Dinge noch einmal aus, bitte noch einmal Herr Vizebürgermeister mit der Feuerwehr da dieses neue Brandschutzkonzept inklusive der Stellungnahme der Berufsfeuerwehr möglichst bald durch einen Sachverständigen vorzulegen und dann werden wir uns gemeinsam, alle Fraktionen, zu dem wichtigen Thema treffen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich das jetzt richtig verstehe, dann geht alles zurück an den Start. Wir haben seit November 2005 da herinnen und im Bezirk und auf verschiedenen Ebenen und

an runden Tischen und in allen möglichen Konstellationen Gespräche geführt. Die letzte konkrete Entscheidung, die hier herinnen getroffen wurde, und da kann ich mich erinnern, da waren alle Fraktionen ganz eindeutig dabei und sehr laut und deutlich ist, wir wollen diese Flüssiggasverladestation nicht im Stadtgebiet. Dann war der Auftrag, sozusagen mit der ÖBB in diese Richtung weiter zu verhandeln. Wenn ich das richtig verstehe, ist wieder nur darüber gesprochen worden, wie die Sicherheitsstandards in Graz erfüllt werden können und über Werndorf und über Kosten oder sonstige Notwendigkeiten, die als Vorbedingung dazu zu schaffen sind, wurde gar nicht gesprochen, verstehe ich das richtig?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also damit eines klar ist, der Auftrag des Gemeinderates und auch meine persönliche Einstellung ist, diese Gasverladestation sollte nicht dort vor Ort sein und wir sollten schauen, dass wir sie rauskriegen. Allerdings haben wir es mit einem Unternehmen zu tun, das uns klar und deutlich sagt, sie wollen es hier machen und wir leben in einem Rechtsstaat und sie werden diese Verfahren jetzt weiter einfordern. Ich habe heute zusätzlich darüber berichtet, es gibt im Moment für die ÖBB kein Interesse, diesen Verladeplatz woanders, ob in Werndorf oder außerhalb von Graz, zu stationieren, das ist der eine Punkt. Jetzt ist es mir einmal wichtig gewesen zu sagen, wie schauen wir denn im Verfahren aus, weil ja in erster Linie nach dem Eisenbahngesetz nicht die Stadt Graz, sondern das Land Steiermark zuständig ist. Hier wurde nachträglich, das ist jetzt erst vor etwa vier Monaten passiert, einiges hineinreklamiert, das sind eben diese drei Punkte, die ich vorgelesen habe und da gibt es auch jetzt Gott sei Dank, sage ich, einen ganz wichtigen Bezugspunkt nämlich, dass wir dieses Brandschutzkonzept samt der Stellungnahme der Berufsfeuerwehr brauchen. Es ist jetzt ganz wichtig, da können wir uns einbringen, da sind wir in diesem Gesamtverfahren, jetzt haben wir, sage ich, ein bisschen was in der Hand, sonst kann man zwar verhandeln, aber im Rechtsstaat ist es irgendwann einmal mit dem Verhandeln vorbei. Das ist der derzeitige Stand. Ich wollte das nur noch einmal sagen, es gibt niemanden, glaube ich, der jetzt unbedingt dort diese Verladestation haben möchte, Faktum ist auch, dass wir jetzt Gott sei Dank ein paar Neuerungen im Bescheid oder im Verfahren drinnen haben, wir auch ein Mitspracherecht durch die Berufsfeuerwehr haben, durch das Land

Steiermark und ich bin sicher, dass der Herr Vizebürgermeister sich auch da mit der Feuerwehr einbringen wird. Für den Fall, dass es nicht zu verhindern ist, wenigstens auch die bestmöglichen Auflagen zu haben. Aber bislang gab es sonst kein Einlenken der ÖBB.

GRin. **Rücker:** Nur eine verfahrensrechtliche Frage. Wenn jetzt die Berufsfeuerwehr feststellt, die Sicherheitsstandards würden nicht ausreichen, um die Risiken, die ja da herinnen schon ausreichend erläutert wurden, hintanzustellen, würde das bedeuten, dass man damit eine Verhinderung erreicht, oder ist das dann einfach nur, dass die Stadt halt feststellt, es ist zwar nicht so sicher, wie wir es gerne hätten, aber wir können nichts machen, das würde mich einfach interessieren, ob jetzt daraus ein Rechtstitel erwächst, wenn die Feuerwehr sagt, das ist zu unsicher aus unserer Sicht.

Bgm. Mag. **Nagl:** Also, so weit es mir bekannt ist, hat die Feuerwehr hier die Möglichkeit, die bestmöglichen Vorschriften im Sinne der Sicherheit vorzuschreiben, also nach dem letzten Stand der Technik. Verhindern wird man es wahrscheinlich dadurch nicht können, es ist jetzt einmal eine Mutmaßung, wir werden uns das alles ganz genau anschauen. Mir ist es aber jetzt auch wirklich noch einmal wichtig, dass die Vertreterinnen und Vertreter der ÖBB mit uns allen gemeinsam drüber debattieren, darüber sprechen, dass wir ihnen das auch alles noch einmal persönlich sagen können und sie bereiten sich auf diesen Termin vor und ich hoffe, dass wir das in den nächsten vier Wochen auch erleben werden. Faktum ist auch, es ist wie gesagt nichts anderes als ein Abstellgleis, im Moment ein besonders geschütztes Abstellgleis, im Moment durch diese neue Mauer, die ich im Übrigen auch in Graz ganz gern begrünt haben möchte, weil das ist jetzt bei der Einfahrt nicht unbedingt das, was ich mir unter Willkommensstadtbild so vorstelle, es ist eine enorme Mauer, die da aus Sicherheitsgründen gekommen ist, da sollten wir über die Begrünung nachdenken und im Moment die Auflagen in Richtung Kanalabsicherungen. Mehr ist

es nicht und ich bitte Sie dann auch bei dem Termin, sobald wir einen haben, dann auch anwesend zu sein, um es weiter zu diskutieren.

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Also, ich bin ob dieser Aussage des Herrn Bürgermeisters sehr enttäuscht, ich bin immerhin auch Bezirksmandatar in Jakomini und wir haben natürlich alle in Jakomini wahnsinnige Hoffnungen gehabt in die Erwartungen und an die Ankündigungen, ich denke hier auch an Stadtrat Werner Miedl, der hier ins Rathaus zu einem Gipfel geladen hat. Ich hatte und wir hatten unheimliche Hoffnungen auch in die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters und des Herrn Vizebürgermeisters, die ja hier unzählige Gespräche geführt haben. Ich bin maßlos enttäuscht, ich sage es auch hier von dieser Stelle aus, ob des Verhaltens der ÖBB, die hier wirklich kein korrektes Spiel mit der Bevölkerung und auch mit den Grazer Politikern getrieben hat. Sie hat uns im guten Glauben hier gewogen und hat uns in Aussicht gestellt, Verhandlungen zu führen über eine Aussiedelung dieser Anlage und man muss schon eines dazu sagen, auch wenn diese Anlage, wie es der Herr Bürgermeister richtigerweise ausgeführt hat, seit Jahrzehnten unter Umständen dort installiert war, so muss man eines sagen, hat die ÖBB jetzt in den letzten zwei bis drei Jahren diese Anlage dort nicht in Betrieb gehabt. Das heißt im Klartext, es gab in dieser Zeit sehr wohl Alternativen und es gab andere Möglichkeiten und es ist nicht einzusehen, und das ist das Verwerfliche an dieser Aktion, dass da hier einfach mit der Gesundheit, mit dem Risiko einer unheimlichen Katastrophe hier einfach so umgegangen wird und das nur aus Kostengründen. Weil es gäbe, und auch dieses Gespräch hat ja stattgefunden, es gäbe sehr wohl Angebote aus Werndorf, wo entsprechende Sicherheitsvorkehrungen da wären, wo es auch Angebote gibt, sondern es scheitert hier einfach, fürchte ich, an der Unbeweglichkeit, an der nicht vorhandenen Mobilität und das bei der ÖBB und das muss ich sagen, wird der Bezirk Jakomini in dieser Form sicherlich nicht zur Kenntnis nehmen und ich darf wirklich bitten, in die Richtung weiter zu fahren, hier nicht, jetzt was die Erhöhung der Sicherheitsstandards betrifft, zu investieren, Zeit, Geld und Geist, sondern es sollte vor allem hier investiert werden in die Suche nach entsprechenden Alternativmöglichkeiten und mir ist noch sehr gut in Erinnerung der Film, der seitens

der Kollegen der Grazer Berufsfeuerwehr hier vorgeführt wurde, Aufnahmen aus anderen Staaten der Welt, wo die besten Sicherheitsvorkehrungen vorhanden waren, wo aber einfach menschliches Versagen, und wir wissen das aus vielen täglichen Bereichen, wo es zu Unglücken kommt, da sind die Sicherheitsvorkehrungen da, aber es passieren einfach Dinge, an die man vorher nicht denkt und wo einfach menschliches Versagen die Ursache ist. Und ich darf nur hier in diesem Raum noch einmal wiederholen und das wiedergeben, was uns damals drastisch vor Augen geführt wurde, diese Explosion in einer amerikanischen Stadt, wo so ein Waggon, der Gas geladen hat, immerhin 800 Meter weit geschleudert wurde, liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, 800 Meter ist in etwa die Entfernung des Ostbahnhofes bis zum Jakominiplatz, das heißt im Falle des Falles und ich will hier nicht das Unglück herbeischwören und herbeireden, aber denken wir bitteschön daran, Jakomini und auch Liebenau sind Wohnbezirke und eine solche Umladestation hat in diesem Wohnbezirk wirklich nichts verloren. Bei allen noch so guten Sicherheitsmaßnahmen, und ich darf in diesem Zusammenhang wirklich dringend ersuchen und die Bevölkerung ist sehr reif und sie weiß auch, welchen Gefahren sie ausgesetzt ist. Ich denke nur daran, es gab überhaupt keine Probleme hinsichtlich der Zustimmung aus der Bevölkerung, was dieses Tanklager betroffen hat, dieses unterirdische Tanklager, wo uns auch die Experten der Feuerwehr eine unheimlich große Sicherheit vorausgesagt haben, aber es gibt ein klares und sehr deutliches Nein aus der Bevölkerung und das von tausenden Bewohnerinnen und Bewohnern und ich appelliere an alle hier, diese Bewohner, die unheimlich viel Hoffnung in unsere Gabe des Verhandeln gesetzt haben, nicht zu enttäuschen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, ich glaube, es ist einmal ganz wesentlich zu sagen, der Zug ist noch nicht abgefahren und wir verhandeln weiter. Ich glaube, das ist ganz wesentlich, wir geben uns da nicht geschlagen. Ich wollte nur einmal berichten, dass jetzt von Seiten der ÖBB klar gesagt worden ist, sie wollen hier bleiben. Ich glaube, es hat auch damit zu tun, dass diese Waggonstrecke de facto über Gleisdorf und Wien geht und dadurch nicht unbedingt, also, da stehen auch finanzielle Interessen dahinter. Also, da werden wir gemeinsam, glaube ich, nicht locker lassen, das wünsche ich mir auch vom Gemeinderat und auch die Bezirksvorstellungen sind da.

Das Zugsunglück, das da vorgespielt worden ist aus Kanada, hat natürlich schon auch eine gewaltige zusätzliche Verunsicherung da noch draufgelegt, das war, glaube ich, ein Zugsunglück, wo zwei Züge aufeinander geprallt sind, wenn mich nicht alles täuscht, das war in Kanada.

Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zuerst möchte ich einen Dank aussprechen, dass es gelungen ist, weil es ist ja nicht so einfach, in einem rechtskräftigen Bescheid noch zu erwirken, dass wir einen Zusatzbescheid jetzt vorliegend haben, wie gesagt, aus dem November des Vorjahres, wo zumindest die Möglichkeit besteht, und das würde ich also wirklich hier als positiv herausstreichen, die Möglichkeit besteht, dass die Grazer Berufsfeuerwehr und alle jene, die möglicherweise im ersten Verfahren nicht ordnungsgemäß gehört wurden, und das ist ja das, was auch berechtigterweise die Bevölkerung moniert hat in den diversen Versammlungen, dass zumindestens einmal die Sicherheitsexperten der Feuerpolizei und der Grazer Berufsfeuerwehr hier eine Stellungnahme beziehungsweise entsprechend in das Verfahren eingreifen können. Das ist für mich einmal was Positives, dass man auf jeden Fall hier von Seiten der Stadt Graz, wenn man so will, im Verfahren „einen Fuß drinnen“ hat, darf ich das so unter Anführungszeichen sagen. Selbstverständlich kann ich, Klaus, deine Anstrengungen durchaus auch verstehen und unterstreichen, einen anderen Standort zu suchen. Ich habe nur auch sozusagen in Gesprächen, weil man ja ein bisschen herunkommt, durchaus gehört von den Gemeinden, wie wir vielleicht einmal ein bisschen voreilig, ich sage das ganz offen heraus, als mögliche Standorte so angesprochen haben, dass dort natürlich auch, sobald irgendwo das Wort Flüssiggasumladestation auch nur im Ansatz gefallen ist, das sofort dort auch die Bevölkerung über die Ortmandatäre und Bürgermeister durchaus mit erhobener Hand entgegengetreten sind. Also, es wird sehr schwierig sein, trotz bester Bemühungen der Stadt Graz gemeinsam mit der ÖBB einen Standort für so eine Anlage, die jetzt sozusagen als sehr risikoträchtig eingestuft wurde, zu finden. Also, ich sehe dort das wesentliche Problem, dass es vielleicht leichter gesagt ist von unserer Seite, ja schauen wir halt, vielleicht geht es in Werndorf oder in Kalsdorf oder sonst irgendwo. Ich glaube, dass dort auch der Widerstand entsprechend groß sein wird. Ich würde jetzt noch einmal unterstreichen

und für positiv empfinden, dass die Grazer Berufsfeuerwehr ganz klar sagen kann, nein, dieser Standort ist zum Beispiel nicht der geeignete.

*Zwischenruf GR. Herper: Wichtig ist die Berufsfeuerwehr.*

Dipl.-Ing. **Topf**: Ich möchte nur endlich den Fuß in der Tür haben der Stadt Graz und das ist Gott sei Dank über diese Auflage, die zitiert worden ist, mit diesem Bescheid gelungen und das würde ich einmal als ersten Schritt in eine positive Richtung sehen.

### **3) Bürgermeisterempfang am 26. Februar 2007**

GRin. **Edlinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der „Kleinen Zeitung“ vom 26. Februar dieses Jahres war zu entnehmen, dass für denselben Tag der "Katholische Familienverband Steiermark" und die sogenannte "Steirische Frauenbewegung", also die Frauenorganisation der ÖVP, in das Bildungszentrum Raiffeisenhof zu einer Veranstaltung mit den Vortragenden Eva Herman und Christa Meves eingeladen haben. Weiters wurde angekündigt, dass Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder und Kollegin Sissi Potzinger diese Veranstaltung einleiten würden. Und zu guter Letzt war der Zeitung zu entnehmen, dass der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl die Teilnehmerinnen abschließend zu einem Empfang einlädt.

Ohne jetzt auf die mehr als hinterfragenswerten Thesen der beiden Vortragenden eingehen zu wollen oder sich gar damit beschäftigen zu wollen, warum eine derartige Veranstaltung angeblich anlässlich des damals bevorstehenden Internationalen

Frauentages durchgeführt wurde, interessiert hier jedoch sehr wohl die Tatsache, warum es für diese Veranstaltung einer Parteiorganisation einen Empfang des Grazer Bürgermeisters gegeben haben soll.

Um die diesbezüglichen Hintergründe erhellen zu können, stelle ich an Sie, werter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

wurde dieser Empfang aus Mitteln Ihres Ressorts finanziert oder hat die ÖVP diesen Empfang bezahlt (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir erhellen den Hintergrund, Frau Gemeinderätin. Der Veranstalter und Organisator als überparteilicher Verein ist der Katholische Familienverband. Die ÖVP-Frauenbewegung war Mitveranstalter, so wie das auch bei der Grünen Akademie oder das Renner-Institut der SPÖ und anderen, bei vielen anderen Veranstaltungen, wo es um Unterstützung der Stadt geht, wie zum Beispiel Forum Morgenrot, Roter Salon etc. üblich ist. Für die Veranstaltung am 26. Februar gab es eine Zuzahlung des Bürgermeisteramtes. Es ist ein klares Signal für Frauen, der Titel war Chancengleichheit für Frauen anlässlich des europäischen Jahres der Chancengleichheit. Und es ist ganz klar aus den Mitteln des Ressort, wie bei vielen anderen Dingen, finanziert worden (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich weiß nicht, wie bei Ihnen der Eindruck entstehen konnte, dass diese Veranstaltung quasi eine Veranstaltung des Katholischen Familienverbandes war, wo ganz zufällig nebenbei ein bisschen die ÖVP-Frauenorganisation noch damit zu tun hatte. Also wenn man sich die diversen Ankündigungsmedien dazu anschaut, stehen Katholischer Familienverband und Steirische Frauenbewegung, also Ihre ÖVP-Frauenorganisation, immer gleichrangig...

***Zwischenruf GRin. Gesek: Wie bei der BAWAG und beim ÖGB.***

GRin. **Edlinger**: ...in der gleichen Größe als gemeinsame Veranstalter und es ist etwas, was wir dieser Stadt eigentlich bis jetzt noch nicht gekannt haben, dass eine Frauenorganisation oder Parteiorganisation einen öffentlichen Empfang des Bürgermeisters aus den öffentlichen Geldern finanziert, im Anschluss ihrer Veranstaltung hat. Was anderes ist Grüne Akademie und Renner Institut, da gebe ich Ihnen Recht, auch Krainer-Haus, das sind die politischen Bildungseinrichtung,...

***Zwischenruf GR. Schönegger: Krainer Haus.******Zwischenruf GRin. Gesek: Was ist AK und Ressel-Gasse?***

GRin. **Edlinger**: ...früher war es Krainer-Haus, eure Bildungseinrichtung, das sind die politischen Bildungseinrichtungen der Parteien, die oft bei anderen Veranstaltungen einfach als Co-Veranstalter auftreten. Nur Tatsache ist, was ich mir zumindest in der Zeit von Alfred Stingl als Bürgermeister nie untergekommen ist, nie, und zeigen Sie mir bitte ein Beispiel, dass die SPÖ oder die SPÖ-Frauenorganisation etwas macht und der Bürgermeister aus Steuergeldern dann einen Empfang dafür sponsert. Das ist in meinen Augen eine politische Unkultur, eine Vermischung von Zuständigkeiten und Parteigehörigkeit und öffentlichem Amt, die wir vorher in dieser Stadt nicht gekannt haben (*Applaus SPÖ*). Und wenn Sie sagen, dass Sie das quasi als Wertschätzung den Frauen gegenüber gemacht haben, dann vielleicht als Wertschätzung Ihrer Sissi Potzinger gegenüber oder als Wertschätzung Ihrer Kollegin Beutl gegenüber, aber eine Frau Hermann, die mit derartigen Thesen in der Öffentlichkeit bewusst provoziert und unter anderem öffentlich erklärt, Frauen sollten

öfter den Mund halten, das wird jetzt im Besonderen dem Herrn Kollegen Schönegger gut gefallen, dass Sie das als bewusstes Zeichen Ihrer Wertschätzung gegenüber den Frauen sehen, dass sie solche Veranstaltungen mit Steuergeldern unterstützen, das ist wirklich eine Frechheit sondergleichen.

***Zwischenruf GR. Schönegger: Unerhört ist das.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich weise jetzt die Frechheit auf das Schärfste zurück und ich kann Ihnen nur eines sagen. Unter meinem Vorgänger Alfred Stingl waren die Empfangsausgaben um vieles höher, fast...

***Zwischenruf Edlinger unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich werde Ihnen Beispiele bringen, ich finde es deswegen unerhört, weil Sie so tun, als ob die Katholische Frauenbewegung, wenn sie da ansucht um ein paar Brötchen, sich vielleicht noch rechtfertigen muss, wenn sie dann noch einlädt zu einer Chancengleichheitsdiskussion (*Applaus ÖVP*), Frau Gemeinderätin, das weise ich zurück und ich sage Ihnen jetzt auch noch was. Ich gehe sehr sorgsam mit den Steuermitteln um, ich habe wesentlich mehr Empfänge und wesentlich mehr Personen mit weniger Steuergeld in den letzten Jahren zustande gebracht. Ich bin gerne bereit, mit Ihnen auch öffentlich darüber einmal zu diskutieren und das der Öffentlichkeit zu zeigen, das ist mir ganz, ganz wichtig. Ich habe mehr als ein Drittel eingespart und habe aber um viel mehr Empfänge und viel mehr Personen da, weil es uns gelungen ist, sehr sparsam, sehr gut ausgeschrieben zusammenzukriegen. Und ich weise jetzt noch einmal darauf hin, dass es Mitveranstalter aus politischen Organisationen gibt, die auch bei gefördertem Modell, wo es um viel mehr Geld geht,

als um eine Suppenzahlungsgeschichte oder um ein paar Brötchen, um die es geht und da wird nicht diskutiert und deswegen sage ich Ihnen da jetzt so deutlich, wenn Sie es genau wissen wollen, ich bin aus dem Büro in den letzten Tagen des Herrn Vizebürgermeister, ich habe es ihm gerade vorhin gesagt, ich halte solche Diskussionen für kleinkariertest, gebeten worden, ich möchte einen SPÖ-Stammtisch hier im Grazer Rathaus unterstützen, genauso mit Getränken oder sonst was, das gehört für mich auch zur Kultur und ich sage Ihnen warum, weil das für mich gar nichts Schlimmes ist. Die politische Arbeit, auch von SPÖ-Mandataren oder Bürgermeistern wird von mir auch unterstützt, weil es in erster Linie gerade bei den Kleinstbürgermeistern auch fast keine Bezahlung mehr gibt etc., das ist eine gute und qualitative Arbeit, die geleistet wird und wenn die ins Rathaus kommen oder wenn sich die zusammensetzen, dann gibt es ein Getränk und dann gibt es ein Brötchen. Und ich gehe sparsam damit um und ich will da nicht anfangen, dass man diskutiert, hat er da jetzt oder hat er nicht. Abgesehen weiß ich auch nicht bei all den Empfängen, welche Referentin und Referenten geladen werden. Aber ich weise da fast niemanden zurück und versuche auch ein guter Gastgeber, aber ein sparsamer Gastgeber zu sein (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Ich möchte nur eine tatsächliche Berichtigung anbringen. Es hat gestern auf meine Einladung hin ein Treffen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Umlandgemeinden gegeben, dafür habe ich gebeten klarerweise den zuständigen Bürgermeister und sein Bürgermeisteramt, das Baumkircherzimmer dafür verwenden zu dürfen, das ist geschehen, die Getränke wurden aus meinem eigenen Ressortbereich zur Verfügung gestellt und nicht mehr.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie immer man sich da darauf geeinigt hat, ich sage nur, ich lege das liebend gerne offen. Ich glaube, dass es auch einmal für, ich sage das ganz gerne, Frau Gemeinderätin, ich werde das sogar öffentlich machen. Ich werde einmal herzeigen, wie sparsam wir da unterwegs waren und ich bin gerne ein Gastgeber und bei mir kriegen die kleinen Kinder, wenn sie hereinkommen zur Rathausführung,

ein Getränk und auch manchmal was Süßes, einen Krapfen oder sonst was und das werden wir auch beibehalten. Ich sehe da nicht ein, wieso man da auf einmal eine Skandalisierung daraus machen möchte, noch dazu, wenn es um eine überparteiliche Organisation geht wie den Katholischen Familienverband (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger:** Herr Bürgermeister, Sie haben vorher die katholische Frauenbewegung genannt, die muss ich hier in Schutz nehmen, die hatten mit der Veranstaltung nichts zu tun. Der Herr Bürgermeister hat von der Frauenbewegung gesprochen, mag ja sein, Herr Bürgermeister, dass die Kollegin Sissi Potzinger als Vorsitzende des katholischen Familienverbandes, der natürlich überparteilich ist, bei Ihnen angesucht hat, mag sein. Warum steht dann aber auf der Homepage der ÖVP-Frauenbewegung, Chancengleichheit für Frauen, dazu eine Diskussion initiiert von Frauenbewegung und katholischer Familienverband als gleichwertige Veranstalter.

***Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Mitveranstalter. Ja aber was ist mit euren Veranstaltungen?.***

GRin. **Edlinger:** Tatsache ist, dass wir zur Kenntnis nehmen, dass es nun möglich ist, dass Parteiorganisationen, die eine Veranstaltung machen, bei Ihnen ansuchen können um Empfänge und wir freuen uns, wenn dann die grüne Frauenorganisation oder die KPÖ-Frauenorganisation oder die SPÖ-Frauenorganisation eine Veranstaltung hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass auch sie dann bereit sind, diesen Veranstaltungen, Organisationen, Empfänge zu sponsern, weil das jetzt einfach offensichtlich eine neue Richtlinie in diesem Haus ist (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ab jetzt habe ich wieder andere Sorgen (*Applaus ÖVP*). Darf ich hier nur noch einmal berichten, damit wir es nur noch einmal haben, auch noch einmal zu Berichtigung, damit es auch wirklich richtig protokolliert ist, die Frau Mayer, die gerade hereinkommt, sagt mir, sie hat euch gestern die Getränke von uns hinübergestellt, Walter, du hast in deinem Ressort ein bisschen was eingespart, kannst es dann das nächste Mal wieder für uns ausgeben (*Applaus ÖVP*).

#### 4) Grünschnittverbrennung in Wenisbuch durch Bezirksvorsteher

GR. **Perissutti** stellt folgende Anfrage:

GR. **Perissutti**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher Wurzinger, wenn er noch da ist, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Mit Erstaunen durften wir den Medien entnehmen, dass Sie auf die Drohung des Mariatroster Bezirksvorstehers Erwin Wurzinger hin, falls er keine eigene Grünschnittsammelstelle erhält, in Wenisbuch – also ein paar hundert Meter außerhalb der Ortsgrenze von Graz – am Ostersonntag, Herr Bürgermeister könnten Sie ganz kurz für Ruhe sorgen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), danke, mit dem Grünschnitt aus Mariatrost ein Riesenfeuer zu entzünden, reagiert haben. Die Folge dieses bezirksvorsteherischen Aktionismus wäre ja auf der Hand gelegen: Damit hätte er halb Mariatrost eingenebelt.

Nun war natürlich erwartet worden, dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Ihren Bezirksvorsteher, Parteifreund und Ex-Sekretär darauf hinweisen würden, dass es schlichtweg verantwortungslos wäre, diese zündende Idee umzusetzen, da seine Trotzreaktion ausschließlich zu Lasten der Mariatrosterinnen und Mariatroster und auf Kosten deren Gesundheit und Lebensqualität gegangen wäre. Man hätte auch erwarten können, dass Sie ihn darauf hinweisen, dass es auch für einen Herrn Bezirksvorsteher Wurzinger keine Extrawürstl und keine eigene Grünschnittsammelstelle geben kann.

Aber nichts von alledem ist passiert, was man sich von einem Bürgermeister hätte erwarten dürfen, wenn ein Bezirksvorsteher eine derart possenhafte Reaktion ankündigt.

***Gemeinderatsmitglieder der ÖVP halten die ÖVP-Bezirkszeitung von Mariatrost hoch.***

GR. **Perissutti**: Ich kenne das Flugblatt, danke. Das, was von Ihrer Seite erfolgt ist – und das erstaunt schon sehr, meine lieben Kollegen – war die Zusage, für „seine“ Grünschnittsammelstelle 1000 Euro aufzutreiben.

Nun könnte man das natürlich als parteipolitische Bezirksposse, wenn man wieder beim vorigen Thema wäre, mit Kaisermühlen-Qualität abtun. Wenn da nicht ein durchaus Besorgnis erregender Kern wäre.

Ist Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eigentlich bewusst, dass die Ankündigung von Herrn Bezirksvorsteher Wurzinger, den Grünschnitt in Wenisbuch zu verbrennen, rechtlich mehr als nur bedenklich war? Denn abgesehen davon, dass ein solches Feuer dazu geeignet gewesen wäre, den angrenzenden Stadtbereich exorbitant mit Luftschadstoffen zu belasten, wären auch insgesamt alle bisherigen Bemühungen der Stadt Graz ad absurdum geführt worden und wäre die negative Vorbildwirkung fatal gewesen. Wiewohl es schon merkwürdig anmutet, dass ein Bürgermeister einem solchen Treiben tatenlos zusieht, besser gesagt, sich beziehungsweise den Bezirk Mariatrost davon mit 1000 Euro „freikauff“. Strafbar hingegen, und jetzt kommen wir auf den entscheidenden Punkt, ist das Verbrennen von Gartenabfällen in offensichtlicher – angekündigter - Entledigungsabsicht österreichweit seit Jahren bereits durch das „Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen“ nach dem Bundesgesetzblatt 405/1993 untersagt ist. Und erinnerlich ist ja, dass Herr Wurzinger nicht nur dem Brauchtum Osterfeuer, sondern mit der Entledigung des Grünschnittes argumentiert hat. Und

das wird mit Verwaltungsstrafen, wir haben es heute schon einmal gehört, bis zu 3630 Euro bedroht.

Vereinfacht gesagt: Der Mariatroster Bezirksvorsteher, VP-Bezirksparteiobmann von Mariatrost, Mitglied des ÖVP-Stadtparteivorstandes und Ex-Bürgermeister-Sekretär hat - streng genommen – schlicht und einfach mit einer Gesetzesübertretung gedroht; und erhält nun vom ÖVP-Bürgermeister eine 1000 Euro-Unterstützung. Wenn das Beispiel des „wilden Ostens“ Schule macht, kann sich diese Stadt auf einiges gefasst machen.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie in Zusammenhang mit der Drohung des Mariatroster Bezirksvorstehers, am Ostersonntag in Wenisbuch eine Groß-Verbrennung von Grünschnitt vorzunehmen, vor Zusage einer 1000 Euro-Unterstützung

1. auf Herrn Wurzinger eingewirkt haben, von dieser unsinnigen Aktion von sich aus abzulassen, da dies allen Bemühungen der Stadt um Sanierung der Luftqualität zuwiderläuft und ausschließlich zu Lasten der Mariatroster Bevölkerung geht und ob Sie
2. Herrn Wurzinger darauf hingewiesen haben, dass das Verbrennen von Gartenabfällen in offensichtlicher – angekündigter - Entledigungsabsicht österreichweit seit Jahren bereits durch das zitierte Verbot untersagt ist (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Alexander! Ich weiß wirklich nicht, ob du das freiwillig gemacht hast, oder ob dich jemand darum gebeten hat, mir diese Frage zu stellen (*Applaus ÖVP*). Ich möchte liebend gerne darauf...

**Zwischenruf GR. Herper: Das ist unzulässig.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist unzulässig, dann lassen wir es nicht zu, aber die Gedanken sind frei. Ich würde gerne darauf eingehen, weil, meine Damen und Herren, es wurde heute so leichtfertig gesagt, dass wir diesmal am Ostermontag alle in Ruhe frühstücken werden können und dass wir keinen Feinstaub, oder Sonntag und Montag, es hat ja meistens Zwei-Tage-Spitzen gegeben, wie der Herr Vizebürgermeister uns heute vorgelesen hat und da ist es ganz, ganz wichtig, ich glaube noch nicht ganz daran, weil der Herr Landesrat Wegscheider hat ja ein paar Verbote aufgestellt in letzter Zeit und die Bevölkerung hat sich nicht unbedingt daran gehalten und die sich daran gehalten haben, haben sich nachträglich geärgert. Also, ich glaube auch nicht, dass die Menschen jetzt so mir nichts dir nichts diese Unterscheidung zwischen Brauchtumsfeier und den Möglichkeiten, die es nach wie vor auch von Gesetzesseite her gibt, auseinanderhalten, ich weiß nicht, ob sie sich daran halten werden. Eines ist mir jetzt aber ganz, ganz wichtig, wir haben einen Bezirksvorsteher, den Herrn Erwin Wurzinger, der im Bezirk Mariatrost über die absolute Mehrheit verfügt, weil die Bevölkerung wirklich hinter ihm steht, weil er permanent für die Anliegen der Menschen im Bezirk Mariatrost da ist (Applaus ÖVP) und er denkt nicht nur voraus, sondern er handelt auch immer. Und selbstverständlich habe ich ihm gesagt, na, du wirst ja nicht ernsthaft daran denken, dass du das dann vielleicht in der Nachbargemeinde abheizen wirst. Aber er hat gesagt, nein, aber ich verstehe es nur einfach nicht. Da trommle ich mit viel Aufwand die Bauern des Bezirkes zusammen, wir machen das für die Bezirksbevölkerung und der Herr Vizebürgermeister hat mich im vergangenen Jahr unterstützt und jetzt wahrscheinlich, weil wieder Wahlkampfjahr ist, lässt er mich im Stich und auf einmal soll diese Geschichte nicht mehr funktionieren und aus Verzweiflung habe ich gesagt, wahrscheinlich muss ich es in den Nachbarbezirk hinüberführen und dort abheizen, hat er ja eh nie vorgehabt, weiß auch jeder. Und mir ist es nur wichtig gewesen, nachdem nicht einmal die Bereitschaft da war, den ganzen Grünschnitt abzuholen und jetzt, Walter Ferk, Herr Vizebürgermeister, bei aller Wertschätzung, das mit den Säcken etc., die man noch dazu gegen Gebühr kaufen kann, ist lieb, aber ich finde es toll, dass ein Bezirksvorsteher es so organisiert, dass der Grünschnitt, noch dazu in einem Bezirk, der wirklich viel Grünraum und viel Grünflächen und viel Grünschnitt hat, dass es eine solche Aktion gibt. Und da geht es um so wenig Geld und das hätte man doch noch zuschießen können, deswegen war er verzweifelt. Ich habe es jetzt zugeschossen, damit wird es für die

Mariatrosterinnen und Mariatroster dieses Service geben und ich würde es mir wünschen, dass das in allen Bezirken so wäre, wie da draußen in Mariatrost (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, wir haben eine Mordsgaudi, glaube ich, ich weiß schon 12 Tage Wahlkampf bedeutet bei uns, das ist die schlimmste Ankündigung, die wir in diesem Kreis gemacht haben, wer sie gemacht hat, wissen Sie. Rein sachlich, Herr Bürgermeister, das ist halt schon eine gewagte Aussage in dem Zusammenhang, dass ausschließlich die Mariatroster ihren Grünschnitt abführen oder abheizen, also es steht ja eher Abheizen im Raum. Ich glaube, wir haben viele Bezirke im Westen und im Osten unserer Stadt, die sehr viel auch Einfamilienobjekte haben, wo also ganz klar ist, dass genau das, was die Grazer Wirtschaftsbetriebe, aber ganz besonders wir auch vom Umweltressort vorbereitet haben mit den Abfallunternehmen insgesamt als Angebot neu, nämlich kostenlos abzuführen in den dafür vorgesehenen Deponiemöglichkeiten, das ist neu, kostenlos, und es ist in Wirklichkeit auch im Sinne ökologischen Handelns. Etwas ganz Wichtiges, dass es zwischen dem Bürgermeister, dem Vizebürgermeister und der Stadtregierung in Wirklichkeit in Fragen der Ökologie kein Blatt Papier geben darf. Das was jetzt gemacht wird, ist tatsächlich so etwas wie ein parteipolitisches Geplänkel, weil nicht sein kann, was nicht sein darf und damit ich, meine Damen und Herren, Ihnen jetzt einen Brief vorlesen darf und dann habe ich schon alles gesagt. Der Herr Bezirksvorsteher Wurzinger teilt mir Folgendes mit: Nachdem im heurigen Jahr die Osterfeuer im Stadtgebiet gänzlich verboten wurden und der dringliche Antrag in der letzten Gemeinderatssitzung für dezentrale Sammelstellen ähnlich der Bezirksentrümpelung abgelehnt wurden, gibt es für den Bezirk Mariatrost nur zwei Möglichkeiten, den Grünschnitt ordnungs- und gesetzeskonform zu entsorgen. Die Aktionen „Häckseln statt abbrennen“, wie in den vergangenen Jahren weiter fortzuführen. Bei diesem Modell haben mit Unterstützung der Landwirte des Bezirkes die Gartenbesitzer die Möglichkeit gehabt, ihren Grünschnitt abholen zu lassen, die anschließend zu einem Lagerplatz eines Landwirtes gebracht wurde. Dieser wiederum mietete am Ende der Aktion, Woche nach Ostern, einen Großhäcksler an, der in zwei bis drei Tagen rund 500 Kubikmeter Äste- und Staudenhäckselgut

erzeugte und ordnungsgemäß entsorgte. Die Kosten für das Häckseln und Entsorgen betrug 4000 Euro, aus dem bescheidenen Bezirksbudget wurde eine Summe von 700 Euro aufgebracht. Die Transportkosten vom jeweiligen Grundstück zum zentralen Sammelplatz wurden von den Gartenbesitzern bezahlt. Seitens des Umweltamtes gab es eben einmalig, das wurde auch so mitgeteilt, für 2006 lediglich einen Kostenzuschuss von 1000 Euro. Mit dieser Subvention kann die Aktion im heurigen Jahr keinesfalls durchgeführt werden, teilt mir der Herr Bezirksvorsteher mit, jetzt wird es interessant, jetzt wird es spannend, daher bleibt nur die Möglichkeit, das gesammelte Material, zirka 100 Traktoranhänger, zu einem Landwirt nach Wenisbuch, Linekerweg zu transportieren und dort unmittelbar östlich der Stadtgrenze auf eine weitläufige Wiese zu transportieren, und jetzt kommt das, was tatsächlich ein ökologischer Wahnsinn ist und das von einem Bezirksvorsteher, transportieren und am Karsamstag zu entzünden, da sich dieses Grundstück bereits in GU-Nord befindet, das nicht in der Verbotszone liegt, dass die entsprechende Rauch- und Feinstaubentwicklung sich natürlich über den Großraum Graz verbreiten wird, versteht sich aber von selbst. Meine Damen und Herren, ich brauche, glaube ich, nichts mehr hinzufügen, das ist ein beispielloser Skandal von einem verantwortungslosen Bezirkspolitiker (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich**: Meine geschätzten Damen und Herren, sehr geschätzter Herr Vizebürgermeister! Sie haben mich da jetzt ein wenig herausgefordert als Bewohner der Gegend des Stiftingtales. Ich gehe einmal davon aus, dass das Ihrer Beobachtungsgabe deshalb entgangen ist, weil Sie noch nicht so oft da draußen waren. Faktum ist, dass am östlichen Rand der Stadtgrenze wir zum Glück noch eine sehr bäuerliche Struktur haben, die Leute bewirtschaften dort ihre Felder, die Leute bewirtschaften dort ihre Wälder und machen dort ihre Osterfeuer. Wenn Sie heute dort rausfahren, ich lade Sie gerne ein, wenn Sie nachher noch ein bisschen Zeit haben, fahren wir raus, gehen zum Griesbauer auf ein Hendl und schauen wir uns dort ungefähr 50 Berge von Schnittgut an, das die Bauern dort völlig selbstverständlich lagern und dann am Ostersonntag entzünden werden, weil es ein schöner Brauch ist und sie werden es tun. Und jetzt sage ich Ihnen noch was und deshalb berührt mich das, was sie uns schon länger vorgelesen haben. Faktum ist,

dass die Maßnahmen, die Sie hier probieren wollen, dazu führen, dass der Autoverkehr in der Stiftingstalstraße enorm zugenommen hat und zwar fahren am Wochenende dort -zig Kombis, Lkw, Traktoren, Anhänger von Leuten, die offenbar dort in der Gegend wohnen und die fahren nicht das hinunter zu der AEVG mit dem Schnittgut, sondern hauen es dort draußen offenbar, fahren sie mit dem leeren Anhänger wieder zurück und machen dort die Osterfeuer östlich der Stadtgrenze größer.

***Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk unverständlich.***

Mag. **Frölich**: Gut, wenn Sie es jetzt auf die Mariatroster Diskussion beschränken wollen, ist das ein anderes Problem, ich spreche jetzt die Sache an. Faktum ist, dass es eine Verdrängung gibt und wenn man sich weigert, dort die Sammelstellen zu etablieren, wo tatsächlich das Schnittgut anfällt und verkehrsproduzierende Maßnahmen setzt, indem man die dorthin tut, wo es halt gerade am einfachsten ist, dann führt das zu einer Verkehrszunahme und die Sie schauen sich die Osterfeuer, die vorbereitet sind, wenige Meter östliche der Stadtgrenze an, die sind tatsächlich dort, über die reden wir nicht, sondern die finden dort am Ostersonntag statt, das ist eine Realität, die haben Sie nicht gelöst. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schönegger**: Wirklich nur ganz kurz. Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Sie haben jetzt vom Kollegen Frölich und auch vorher schon vom Herrn Bürgermeister die Sachlage erörtert bekommen. Ich glaube, das war einleuchtend und ich möchte jetzt etwas probieren, was hier im Gemeinderat manches Mal, aber eher ist meine Rolle eine andere, möchte ich was probieren, was ich beim Ersten Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer ein paar Mal gesehen habe, ich täte Ihnen gerne eine goldene Brücke bauen, Herr Vizebürgermeister, dass Sie da wieder rauskommen aus dem Eck, wo sie jetzt drinnen sind. Ich möchte Sie nämlich loben.

**Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Bitte nicht.**

GR. **Schönegger**: Nein, das ist eine ernste Geschichte. Sie haben früher, da gibt es überhaupt nichts zu lachen, Sie haben früher selbst gesagt, es passt kein Blatt Papier in Ökologiefragen zwischen dem Bürgermeister und dem Vizebürgermeister. Selbstverständlich nicht, das muss so sein und das ist auch gut so und ich bewundere wirklich Ihr Engagement und Ihre Aktivität, ich sehe immer wieder Bilder von Ihnen, wo Sie häckseln tun, das ist wunderbar wirklich. Ich finde das wirklich ausgesprochen engagiert und das gefällt uns. Und anstatt, dass jetzt der Kollege Perissutti und Sie dann noch den Mariatroster Bezirksvorsteher angreifen, würde es wirklich besser anstehen, wenn man sagt, danke, Herr Bürgermeister, danke, Herr Wurzinger, dass Sie sich so sehr bemüht haben, dass es jetzt eine Grünschnittsammelstation auch im Bezirk Mariatrost gibt (Applaus ÖVP), weil die gibt es und so gesehen, haben wir jetzt wirklich in dieser Debatte, ich glaube damit ist alles gesagt, ein Happy End, wo sowohl der Herr Vizebürgermeister in seiner Rolle als Umweltreferent sehr gut aussteigt als auch wir natürlich, wo wir uns bemüht haben. Also, Herr Vizebürgermeister, nehmen Sie diese goldene Brücke an von mir, die ich Ihnen gebaut habe. Dankeschön (Applaus ÖVP).

GRin. **Meißlitzer**: Also irgendwie bereue ich es, dass ich in den Jahren vorher nicht die Chance genützt habe und einige Kolleginnen und Kollegen am Ostersonntag nach Mariatrost zu einem Frühstück eingeladen habe. Denn allein diese Belästigungen, die dort immer vorhanden waren, auch mit dem großen Osterfeuer, denn es geht hier nicht um Brauchtumsfeuer, sondern es geht einzig und allein darum, Grünschnitt abzuheizen und jeder, der Grünschnitt schon einmal abgeheizt hat, weiß, was das heißt (Applaus SPÖ).

StRin. **Monogioudis**: Ich warte nur, bis es ruhig ist. Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wenn es sich dabei nur um Wahlkampfgeplänkel zwischen ÖVP und SPÖ handeln würde, dann könnte man sich zurücklegen und auf die Uhr schauen und warten, bis die Geschichte vorbei ist. Nur das allein ist es nicht. Das Ganze hat noch eine Komponente und ich sage Ihnen, ich finde es empörend, auf welche Weise sich hier ein Bezirkspolitiker zu profilieren versucht (*Applaus KPÖ*). Eigentlich gegen die Interessen der Allgemeinheit, denn die Drohung, auch wenn er es nicht gemacht hätte, allein die Drohung, seine eigenen Bezirksbewohner und –bewohnerinnen mit Rauch vollzunebeln, ist genau genommen eine Frechheit. Und ich habe das heute auch gar nicht so besonders witzig gefunden, wie Sie mit Ihren Blättern da hantiert haben, es war das Thema schon im Gemeindeumweltausschuss. Es ist im Maßnahmenplan enthalten, dass da zusätzlich zu dem, was es auch in den vergangenen Jahren gegeben hat, noch Möglichkeiten und Angebote geben wird. Das ist auch etwas, was für die Stadt Kosten verursacht. Die Wirtschaftsbetriebe werden zum Beispiel die zusätzlichen Kosten, die entstehen für die Leistungen bei der Übernahme außerhalb der normalen Arbeitszeit, von sich tragen. Vor allem für das Umweltamt werden Kosten entstehen, weil natürlich deutliche zusätzliche Entsorgungskosten zu tragen sein werden. Also, die Maßnahmen und die Möglichkeiten, die es immer schon gegeben hat, die wurden Ihnen heute vorgetragen, aber die haben Sie, glaube ich, auch vorher schon gekannt, weil ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass da aufmerksam zugehört wurde. Aber es ist mir wichtig, dass ich wirklich noch etwas festhalte. Ich wohne auch in einem Stadtrandbezirk, dort gibt es auch Gartenbesitzerinnen und Gartenbesitzer, das sind teilweise Leute mit ganz normalem Einkommen, also nicht irgendwie, dass man sich eben alles besonders leicht leisten kann. Die betrachten die Ausgaben, die ihnen entstehen, wenn sie die Dienste von Ökoservice in Anspruch nehmen zum Häckseln als ganz normale Ausgabe in Zusammenhang mit ihren Gärten. Und ich kenne sehr viele solche Gartenbesitzer und Gartenbesitzerinnen und es überrascht mich langsam schon nicht mehr, wenn diejenigen, die immer alles privat haben möchten, dann plötzlich, wenn es darum geht, wir möchten jetzt etwas von der Stadt, ganz laut schreien. Und da sollte man sich nicht erpressen lassen (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Zum einen hat Wilfriede Monogioudis einen Teil schon vorweg genommen. Egal, was jetzt auf diesem Flugblatt, das uns immer wieder vorgehalten wurde steht, es kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das, was der Bezirksvorsteher aus Verzweiflung, wie der Bürgermeister gesagt hat, da angedroht hat, schlichtweg dumm war. Und zu dem Wort kann man stehen, die Androhung, das Feuer außerhalb der Stadt zu machen, riesengroß, um die Stadt einzunebeln, diese Androhung ist schlichtweg, aus meiner Sicht schlichtweg dumm. Dafür gibt es keine Rechtfertigung, das zu tun und schon gar nicht für jemanden, der einen Eid hier abgeleistet hat, im Dienste der Stadt tätig zu sein und die Gesetze einzuhalten. Was das Feuer, außerhalb meinetwegen, auch tut, aber trotzdem fragwürdig ist, das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, um jetzt die Debatte aus dem Wahlkampfgeplänkel herauszubringen. Ich glaube, dass die Situation nach wie vor nicht befriedigend ist, was die Grünschnittentsorgung anlangt, ich selbst habe heuer erstmalig den Abholdienst der AEVG in Anspruch genommen, das funktioniert sehr gut, nur 66 Euro sind nicht wenig Geld. Ich kann es mir ganz gut leisten, aber 66 Euro sind nicht wenig. Über die Praxis, wie es gemacht wird, könnte ich mich mit den zuständigen Leuten unterhalten, da hätte ich Verbesserungsvorschläge. Ich glaube, dass mehr Sammelstellen nötig wären, um die Anlieferung sinnvoller zu machen. Ich habe zwei Fragen: Die eine Frage betrifft die Anlieferung zu den nun eingerichteten drei Sammelstellen, wie schaut es aus, wenn jemand, der keinen Anhänger hat, einen Dienstleister beauftragt, seinen Grünschnitt dorthin zu liefern, ist das dann erlaubt oder nicht, weil bei der AEVG hat der Dienstleister es nicht gratis, wenn er mit seinem Firmenauto kommt. Ich kenne Leute, die diese Frage haben und die sagen, ich kann mit meinem Pkw das dort nicht hinführen, ich würde gerne eine Firma Grünschnittunternehmen beauftragen, den Grünschnitt dorthin zu führen, der entsorgt jetzt nichts anderes als den Grünschnitt von Leuten aus dem Privatgarten, muss der Dienstleister dann einen Entsorgungsbeitrag zahlen oder nicht, weil das macht die Kosten auch wieder unterschiedlich. Vielleicht kann mir die Frage wer beantworten. Die zweite Geschichte, was die Mariatroster Sammelaktion anlangt, ich habe auch einmal daran gedacht, so eine Sammelaktion über Landwirte zu organisieren und mir wurde seitens der AEVG damals gesagt, das ist unzulässig, denn die AEVG hat Anspruch auf allen in Graz anfallenden Müll und also auch auf den Grünschnitt. Und eine Aufforderung dazu, Landwirte mit dem Sammeln zu beauftragen, würde gegen die Vorschriften verstoßen. Also da würde ich bitten, das

vielleicht auch zu klären. Und als Allerletztes, erstens würde ich mir eine ähnlich heftige Debatte hier im Gemeinderat, wenn wir schon von den Ein-Tages-Spitzen reden, über die Silvesterfeuerwerke wünschen, aber da regt sich niemand auf, weil da ist offensichtlich auch eine wirtschaftliche Lobby ganz gut....

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Jetzt schauen wir einmal, dass dieses Osterfeuer über die Bühne geht, denn damit ist mancher schon überfordert.***

Mag. **Candussi**: Dürfte ich eine Sekunde, vielleicht eine Minute noch ausreden, Herr Kollege. ...und wenn, ich mag diese Osterfeuer jetzt nicht weniger fragwürdig machen, ich würde mir dieses Engagement, das jetzt bei den Osterfeuern dahintersteht, so für die ganz alltägliche Feinstaubbelastung durch den Straßenverkehr wünschen. Wenn die Politik sich da so emotionell reinhauen würde wie hier bei den Osterfeuern, dann hätten wir wahrscheinlich eine deutlich bessere Luft an 364 oder 365 Tagen im Jahr. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich habe eine Bitte, nachdem zweimal das Wort dumm gefallen ist und ich mir Ordnungsrufe ersparen möchte, aber bitte das vielleicht ein bisschen zu umschreiben, ich hätte gesagt, es war nicht gescheit und das habe ich ihm auch gesagt, aber ich möchte nur noch einmal betonen, weil es mir wichtig ist. Wir haben von Seiten des Umweltreferenten, und der Gemeinderat hat es ja auch angedeutet vorweg, wir haben von Seiten des Umweltreferenten und unseres Umweltamtes gemeinsam auch mit unserer Kollegin Monogioudis, mit den zuständigen Ämtern, bis hin zur AEVG jetzt viel und viel Neues angeboten und es wird Gott sei Dank auch angenommen werden. Uns war es unverständlich, auch als Fraktion, dass eine Maßnahme, die schon einmal oder mehrmals funktioniert hat, die einmal auch, und einmal auch unterstützt worden ist von dir, im heurigen Jahr plötzlich eine Abfuhr bekommen hat und das kann doch nicht im Sinne eines

Umweltreferenten sein, dass man da, indem keine Abfuhr bekommen hat, dass das ist. Und zur AEVG, dass die Anspruch darauf hat, auch noch auf...

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist schön und gut, wenn es sich um Verkauf, in dem Fall um eine gewerbliche Geschichte handelt, aber wenn das gratis entsorgt wird, dann glaube ich, sollte man da mehr als zwei Augen zudrücken. Aber ich habe noch einige Wortmeldungen.

GR. **Rajakovics**: Ihr braucht nicht oje sagen, sondern es geht darum, dass man, wir werden noch ein paar heute durchaus die Umwelt betreffend heftige Diskussionen haben, wir werden heute noch übers Radfahren, wir werden heute noch über Waldankäufe diskutieren, ich hoffe, es wird genauso emotional. Die nüchternen Fakten zu dem Ganzen sind, dass es im Jahr 2004, wo wir im Gemeinderat diskutiert haben, wie schaut das mit den Osterfeuern aus, was könnten wir machen, dass da im Bezirk Mariatrost ein Bezirksvorsteher die Idee gehabt hat, die Leute zu motivieren, dass der Grünschnitt nicht abgebrannt wird, sondern abgeholt wird. Und nicht mehr und nicht weniger ist es, das hat er auf eigene Rechnung gemacht, hat ein Beispiel gegeben, ein so gutes Beispiel, dass es im vergangenen Jahr sogar unterstützt wurde vom Umweltamt und wenn dann eine solche gute Aktion, die als Ergänzung ruhig angesehen werden kann, es ist ja im letzten Gemeinderat abgelehnt worden, dass wir über dieses Thema dringlich diskutieren, ob drei Ansammelstellen genug sind, wir wollten darüber reden, es war die Meinung, man soll darüber nicht reden, es gibt einen Bezirk, der so etwas macht und wir haben gerade heute noch gehört, wie es auch in anderen Bezirken zugeht. Jetzt jemand zu unterstellen, der natürlich nicht ernst gemeint, weil sonst hätte er...

***Zwischenruf GR. Herper unverständlich.***

GR. **Rajakovics**: Geh, Karl-Heinz Herper, es ist lächerlich, ihm zu unterstellen, dass er das ernst gemeint hat, weil dann hätte er 2004, wo es erlaubt gewesen wäre, ja nicht ins Leben gerufen. Das war ein Deutlichmachen dessen, was passieren würde, wenn man statt zu häckseln abbrennt und nichts anderes, als eine gute Aktion weiter zu unterstützen wäre das Anliegen des Bezirks Mariatrost gewesen und ich weiß nicht, warum eine Aufregung bei der SPÖ ist, nur weil ein Bezirksvorsteher der ÖVP eine gute Idee hat, die sich bewährt hat und das ist das eigentliche Trauerspiel, weil es, wie es der Hermann Candussi gesagt hat, eigentlich in dem Fall um die Umwelt geht und die Idee eine sehr gute war (*Applaus ÖVP*).

GR. **Perissutti**: Jetzt bin ich aber offensichtlich nicht der Letzte, ist aber auch wurscht. Herr Bürgermeister, Sie müssen mit Ihrem Büromitarbeiter reden. Er sagt, das war eine gute Idee, Sie sagen es war eine dumme Idee, auch wenn Sie es ein bisschen schöner umschrieben haben, Fakt ist, dass für mich das noch stehen bleibt, es war ein bisschen schöner umschrieben...

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. **Perissutti**: Ach so, bei mir ist zumindest dumme Idee hängen geblieben, das habe ich mir gemerkt. Fakt ist, dass wir auf eine Petition im Gemeinderat gegen Osterfeuer, gemeinsam beschlossen, geantwortet haben mit einer Gesetzesübertretenden Drohung von einem Bezirksvorsteher in Mariatrost, der offensichtlich zu irgendeinem Bauern dort das Gut hinführen will und gleichzeitig alle Grazer einnebeln will und das ist nach wie vor der Skandal, der noch immer da ist

und bis jetzt nicht ausgeräumt ist, mein lieber Herr Bürgermeister (*Applaus SPÖ*). Und Ihnen fällt nichts Besseres ein, als bei der ersten Drohung eines ÖVP-Bezirksvorstehers die Spendierhosen anzuziehen und zu sagen, das finanzieren wir jetzt, obwohl das zu Lasten der ganzen Grazer geht und ich möchte Sie, Herr Bürgermeister, daran erinnern, dass Sie zwar geschäftsführender ÖVP-Parteibmann noch sind, aber in Ihrer Funktion Bürgermeister in Graz die Interessen der Grazer zu vertreten haben und dann brauchen Sie auch nicht herauslachen als Bürgermeister von Graz, aus diesem ÖVP-Blattl, sondern haben die Interessen aller Grazer zu vertreten und solche Bezirksvorsteher, wenn Sie mit solchen Ideen kommen, in ihren Ideen hintanzuhalten und die Petitionen der Stadt Graz zu unterstützen.

***Zwischenruf GR. Schönegger: Das kannst du aber nicht vorschreiben.***

GR. Dr. **Hammer**: Wenn man sich als jemand, der in den letzten Jahren hier im Gemeinderat immer wieder in dieser Sache aktiv war, in der Vergangenheit auch gemeinsam zum Beispiel mit den Grünen, mit Hermann Candussi, wenn man sich das anhört und einfach ein bisschen noch die Erinnerung vier Wochen zurückschweifen lässt an einen dringlichen Antrag, der hier eingebracht wurde, ein dringlicher Antrag, der aufgezeigt hat, dass 15.000 Tonnen Grünschnitt zu entsorgen sind und dass ein Angebot von einer zusätzlichen Sammelstelle für diese 15.000 Tonnen doch geradezu lächerlich ist (*Applaus ÖVP*). Und jetzt ist so laut applaudiert worden, ich glaube, es haben nicht alle gehört, es ist lächerlich, 15.000 Tonnen sind in der Vergangenheit verbrannt worden, das sind Daten aus dem Umweltamt und das will man mit einer zusätzlichen Sammelstelle, die als Neuangebot gebracht wurde, erledigen? Wenn man daran denkt, dass ein derartiger konstruktiver Antrag vor vier Wochen eingebracht wurde und wenn dem die Chance gegeben worden wäre, hätte man lange Zeit gehabt, zusätzliche Versorgungsangebote anzubieten, dann sehe ich diese Verzweiflungsaktion, die ein verantwortungsvoller Bezirkspolitiker gemacht hat, der ein Projekt, das er seit Jahren erfolgreich für die Bürgerinnen und Bürger von

Mariatrost gemacht hat, jetzt weiterführen will, dann sehe ich das eigentlich als eine Diskussion, die ins Lächerliche und vielleicht sogar ins Verantwortungslose abgerutscht ist (*Applaus ÖVP*). Ich möchte hier nicht als Cassandra stehen, aber ich weiß womit wir am Ende der ersten Aprilwoche zu rechnen haben, am Abend des Karsamstags werden wir ein über das Grazer Becken weithin leuchtendes Lichtzeichen des Versagens städtischer SPÖ-getragener Umweltpolitik und KPÖ-getragener Entsorgungspolitik zu sehen haben (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es war ja bis jetzt schon ein sehr aufklärerischer Gemeinderat, der Thomas Rajakovics hat schon wilde Nachfolgediskussionen auch zum Thema Umwelt angekündigt. Das Erste, was ich gelernt habe heute, habe ich von dir gelernt, Thomas, es kommt nicht oft vor, aber diesmal schon, wenn der Herr Bezirksvorsteher Wurzinger schriftlich etwas festhält, soll man ihn nicht ernst nehmen, hat du uns mitgeteilt, das werden wir in Zukunft vielleicht tun (*Applaus SPÖ*) und es nicht mehr so ernst nehmen, hätte man vielleicht gleich tun können, wenn man ein bisschen in die Vergangenheit schaut, anders als du. Ich weiß nicht, du wohnst nicht in Mariatrost, ich habe über zehn Jahre in Mariatrost gewohnt, ich kenne die Situation, also da hat es gestunken, dass einem wirklich schlecht geworden ist, die Fenster zumachen hat auch nicht genützt. Was war der Grund? Das große ÖVP Osterfeuer, da sind die Leute hingefahren mit dem Auto, es war ein Riesenstau, jeder der in Mariatrost war, kennt das, dann ist abgebrannt worden, was ist dort abgebrannt worden? Na ja, doch nicht der Grünschnitt von den kleinen Garterln, die es halt bei Einfamilienhäusern in Mariatrost gibt, nein, es ist das Biomaterial vom ÖVP-Bauernbund in Wirklichkeit dort verheizt worden. Deshalb auch die große Aufregung beider ÖVP in Mariatrost, weil da sind die vielen Bauernbündler, die haben nicht gewusst oder haben sich das Geld erspart, wo sie den Dreck hinführen sollen, dann haben sie gesagt, dann machen wir ein Osterfeuer, ist ja klass, dann haben sie einen Riesenhaufen gemacht, haben ihn angezündet, ein bisschen was reingeschüttet damit es auch ordentlich brennt (*Applaus SPÖ*) und das war das ÖVP-Osterfeuer, das das Mariatrostertal verstunken hat, entsetzlich. Als du noch ein Kind warst, war das so, das sage ich nur, weil ihr euch so aufregt, damit ihr mich noch verstehen könnt. Ich habe eine deutliche Artikulation und daher kann man

mich gut verstehen. Also, da hat es gestunken durch Jahrzehnte. Das letzte Mal war das, da ist verbotenerweise, nämlich ohne Genehmigung der Stadt Graz, lieber Freund Schönegger, ist dort ein Osterfeuer auf der Platte angezündet worden, damit der Rauch schön runterfallen kann ins Mariatrostertal und alles zumufft. Da hat es dann keine Genehmigung gegeben, da habe ich gesagt, das war das letzte Mal, dass auf einem städtischen Grund ohne Genehmigung ein solches Osterfeuer gemacht wird. Der Kollege Wurzinger hat es nicht gewusst, es war einer deiner Vorgänger, er war auch Vorgänger vom Kollegen Rajakovics, weil er war in der ÖVP alles Mögliche schon, also nicht nur Bezirksvorsteher, sondern er war in der ÖVP Parteisekretär, dann ist er abgelöst worden, dann ist er beim Herrn Bürgermeister im Büro gelandet, dann haben wir ihm die Karenzierung gewährt, damit er jetzt das anrichten kann. Also liebe Freunde, vielleicht machen wir demnächst eine Sammelaktion für verarmte Landwirte, damit die sich die Entsorgung ihres Grünschnitts leisten können, dann hätten wir das Problem gelöst (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt**: Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Hammer, ich schätze dich wirklich sehr, ich will mich auch in das Vorwahlgeplänkel von SPÖ und ÖVP nicht einmischen, aber ich muss doch unsere Wirtschaftsbetriebe in Schutz nehmen, wenn du hier sagst, die KPÖ-geführten Wirtschaftsbetriebe versagen, gegen das muss ich mich verwahren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe, glaube ich, beweisen täglich, dass sie zum Wohle der Bürger der Stadt Graz auch hervorragende Leistung erbringen und ich lasse mir von dir diesen Betrieb, auch wenn er unter kommunistischer Führung ist, nicht mies machen (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Kollege Hammer, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP! Wenn der Bezirksvorsteher von Mariatrost, der von mir sehr geschätzte Kollege Wurzinger, wirklich jetzt schon zu Verzweiflungstaten neigt, dann würde ich ihn abziehen von diesem Posten (*Applaus SPÖ*). Verzweiflung ist kein guter Ratgeber, Herr Stadtrat, Verzweiflung, zu der auch Sie manchmal neigen, ich denke

an das Stadtmuseum (*Applaus SPÖ*). Ich denke an Ihr Agieren gegenüber dem Direktor des Stadtmuseums, Verzweiflung ist wirklich wahrlich kein guter Ratgeber für Politiker. Aus diesem Grund sage ich aber zugleich, ich schätze den Kollegen Wurzinger ganz anders ein, das ist kein Mann der Verzweiflung, sondern einer, der halt ab und zu, siehe Park-&-Ride-Parkplatz in Mariatrost, übers Ziel hinausschießt und so würde ich das benennen. Also nicht als Verzweiflungstat, sondern man schießt halt übers Ziel, schlägt vor ein großes pyromanisches Festival am Stadtrand von Graz, das ist Unsinn, das ist Übers-Ziel-Schießen, das sollte man nicht tun als verantwortungsvoller Politiker, die wir ja alle doch, denke ich, sein sollten. Zumal, lieber Kollege Hammer, wir uns im Gemeindeumweltausschuss darauf geeinigt haben, einstimmig geeinigt haben, auch hier im Gemeinderat, darauf möchte ich nochmals hinweisen, dass wir die Maßnahmen, die die Stadt Graz, der Magistrat der Stadt Graz im Zusammenhang mit dem Verbot des Osterfeuers plant und durchführt, evaluieren wollen und nicht gleich im Vorfeld kritisieren wollen oder kontraproduktive Aktionen oder auch produktive Aktionen setzen wollen, sondern zunächst einmal evaluieren wollen, uns ansehen wollen, ob sie hinreichend sind oder nicht. Wenn sie das nicht sind, werden wir wiederum gemeinsam Vorschläge ausarbeiten, das scheint mir der sinnvollere Weg zu sein, als hier bezirksweise Einzelmaßnahmen zu setzen, das nämlich führt nämlich zum Chaos, das führt zum Chaos, wenn wir unsere eigenen Magistratsabteilungen und Wirtschaftsbetriebe in Frage stellen und deren Handlungskompetenz nicht ernst nehmen. Und hier Einzelmaßnahmen, noch dazu von oberster Stelle, von Bürgermeisterseite unterstützen, das ist Unsinn, das widerspricht im Übrigen der Rechtsstaatlichkeit hier in der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja man fragt sich, die Emotionen gehen schon ordentlich hoch. Ich möchte es trotzdem wieder auf der sachlichen Ebene probieren, indem ich nämlich sage, wir haben als Stadtpolitiker, egal, wo wir hier in diesem Saal sitzen, zwei vorrangige Aufgaben. Nämlich einerseits zu erkennen, wo auch die Probleme für die Bevölkerung der Stadt Graz liegen und andererseits Lösungen zu bieten, die ein gewisses Maß an Professionalität erkennen lassen. Zu beiden möchte ich noch ganz kurz was sagen. Dass wir hier bei einem Thema sind, das wirklich die Bevölkerung berührt, das sehen wir auch an der

Heftigkeit der Debatte hier. Irgendwie schafft es unser Erwin Wurzinger immer wieder, solche Themen dann auch aufzubringen und ich sage in diesem Zusammenhang viel Feind viel Ehr. Erwin Wurzinger, ich gratuliere dir dazu (*Applaus ÖVP*), denn dass wir mit einem Verbot, das ausgesprochen wurde, mit einem Verbot der Osterfeuer allein zu kurz greifen, das war ziemlich deutlich. Es war ganz klar, dass es dazu Begleitmaßnahmen braucht. Wir haben im Gemeindeumweltausschuss darüber gesprochen und wir hatten hier im Gemeinderat vor kurzem eine wirklich veritable Chance, solche Begleitmaßnahmen zu setzen. Mein Kollege Heinz Hammer hat hier einen dringlichen Antrag eingebracht, der in schöner Einstimmigkeit gegen unsere Fraktion abgelehnt wurde, der die heutige Debatte sozusagen unnötig gemacht hätte, weil es dann schon eine Lösung gegeben hätte (*Applaus ÖVP*), das muss uns klar sein. Ich vermisse beim reinen Verbot, ohne dann darüber nachzudenken, was bedeutet das für die Bevölkerung, die von mir eingangs angesprochene Professionalität unserer Arbeit. Wir haben hier drüber nachzudenken, welche anderen Maßnahmen notwendig sind, wenn wir einfach etwas verbieten. Ein paar weitere Probleme kündigen sich auch schon an, ich sage es hier, es wird dann wieder heißen, ich bin sozusagen eine Cassandra, die bereits das Unglück wieder ausruft. Ich bin von Bezirksvertretern bereits drauf angesprochen worden, dass jetzt eigenartigerweise nicht nur zu Ostern ein paar Feuerln brennen, sondern so vereinzelt am Wochenende hier und dort in den Bezirken, wo es viel Grünschnitt gibt, auch schon das eine oder andere Feuer angezündet wird. Einer unserer Bezirksfunktionäre hat am vorigen Wochenende versucht, hier Abhilfe zu schaffen. Es war ein zugegebenermaßen relativ kleines Feuerl, das als verfrühtes Osterfeuer in einem Garten gebrannt hat. Ich kann Ihnen und uns hier nur sagen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dafür zuständig fühlt sich momentan überhaupt niemand, weil es ist kein Osterfeuer, es wird halt irgendwie vorher angezündet, man erreicht auch niemanden und ich würde mir eigentlich wünschen, das ist auch ein Teil der Lösungen, die einfach zu finden sind, dass wir einerseits eine klare Aufklärung machen dort, wo jetzt diese Haufen auch schon stehen, wie man wirklich damit umgehen kann und da hat unser Bezirksvorsteher versucht, eine Lösung zu finden, dazu gratuliere ich ihm und dass man andererseits, nämlich in Form des Grünschnittabtransports nicht in Form eines Osterfeuers außerhalb von Graz, er hat nämlich eine Lösung gefunden und zweitens, denke ich, werden wir einfach wissen müssen, dass die Bevölkerung inzwischen andere Wege

sucht. Ich vermisste das notwendige Maß an Verantwortung, das notwendige Maß an Professionalität im Suchen und Finden von Lösungen. Meine zweite Geschichte, Stadtrat Riedler hat gemeint, wir sind heute schon sehr aufklärerisch unterwegs. Ich muss da noch ein bisschen was hinzufügen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen und von euch mit Friedrich von Thun vertraut ist und mit seiner Theorie, das Wertequadrat, das ist nämlich heute schön sehr beobachtbar gewesen, dass man nämlich zwei positive Werte nebeneinander stellt und man kann die Dinge von zwei Seiten sehen, es war davon die Rede, dass der Herr Bürgermeister gemeinsam mit unserem Herrn Bezirksvorsteher sich bemüht hat, eine Lösung zu finden und auch eine Lösung gefunden hat für Mariatrost, das ist absolut positiv (*Applaus ÖVP*). Typischerweise in diesem Wertequadrat nach Friedrich von Thun versuchen alle, die sich da irgendwie auf den Schlips getreten fühlen und nicht zulassen können, dass das was Positives ist, das möglichst ins Negative zu verkehren, plötzlich heißt es, der Bürgermeister hat die Spendierhosen an. Das ist schon ziemlich durchsichtig, schaut nach beim Friedrich von Thun, wie das ist, wenn man sich nicht mehr zu helfen weiß, dann verkehrt man etwas Positives ins Negative und tut so, als sei da irgendwie was schlimmes passiert. Zweites Beispiel war, unser Erwin Wurzinger hat sich einfach bemüht, eine Lösung anzubieten, in Form einer Grünschnittentsorgungsmaßnahme im Bezirk. Was hat man ihm vorgeworfen, Profilierungssucht, schaut nach beim Friedrich von Thun, der beschreibt das bestens, gesteht doch zu, dass wir mit unserer Lösung zu kurz gegriffen haben, dass der Heinz Hammer mit seinem Antrag hundertprozentig Recht gehabt hätte und gesteht euch bitte ein, wenn ihr euch nicht mehr helfen könnt, dass dann man was Positives versucht ins Negative zu kehren. Es geht nur leider nicht auf (*Applaus ÖVP*) und das Dritte dazu, ganz klar dazusagen möchte ich, Harry Pogner hört mir genau zu, weil er es ist, der das bei uns auch immer einfordert und sich dafür einsetzt und wir alle stehen dafür, wir haben keine Veranlassung, auf Bedienstete der Stadt oder auf Bedienstete in Gesellschaften, die sozusagen im Eigentum der Stadt sind, loszugehen. Wir haben nicht die Wirtschaftsbetriebe angegriffen, sondern wir haben gesagt, das ist ein Versagen der politischen Verantwortung gewesen, die Wirtschaftsbetriebe machen das, was ihnen angeordnet wurde, wir haben da nichts auszusetzen, genauso wenig wie bei der Feuerwehr, die wie gesagt, sich für die kleinen Feuerln jetzt in den Gärten auch nicht zuständig fühlen kann. Wir fordern die politische Verantwortung ein. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn**: Ich möchte eigentlich zu dem Inhalt nichts mehr sagen, ich möchte mich zur Geschäftsordnung melden. Ich habe nämlich den Eindruck schon seit längerer Zeit, dass wir uns hier mit den Argumenten ein wenig im Kreis drehen und dass da nur sehr wenig bis gar nichts Neues mehr hinzukommt und dass wir uns immer weiter auf ein Wahlkampfgeplänkel zwischen ÖVP und SPÖ zu bewegen und ich persönlich, ehrlich gesagt, lieber über andere Dinge, die noch auf der Tagesordnung stehen, in Form von ausgearbeiteten mühselig vorbereiteten Gemeinderatsstücken ersten und zweitens auch in Form von Anfragen, Anträgen, dringlichen Anträgen, die wir noch auf der Tagesordnung haben, möchte ich Antrag auf Schluss der RednerInnenliste stellen und, weil natürlich die Diskussion generell zum Problem des Grünschnitts in der Stadt eine wichtige ist und wir die Letzten sind, die nicht prinzipiell gerne auch über solche Themen sachlich, inhaltlich diskutieren, würde ich vorschlagen, dass wir uns wirklich irgendwie versuchen, diese Diskussion im Gemeindeumweltausschuss und in anderen Gremien irgendwie wieder voranzutreiben und dort im Sinne der Sache weiter diskutieren. Aber ich glaube wirklich, dass es da hier nicht so sinnvoll ist, noch ewig lang dieses Hickhack voranzutreiben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, ich habe auf meiner Rednerliste auch niemanden mehr drauf, deswegen brauchen wir darüber auch nicht mehr abstimmen und wir kommen gleich zur nächsten mündlichen Anfrage. Im Übrigen habe ich noch ein schönes Packerl vor mir und auch dann noch sehr viele Anträge.

## **5) Erhaltung des historischen Ortskerns von Straßgang**

GRin. Mag. Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass bei diesem Thema die Emotionen ebenfalls hochgehen werden, es geht um die Erhaltung des historischen Ortskernes von Straßgang. Die Volksbank Graz-Bruck plant, trotz eines negativen Gutachtens der Altstadtsachverständigenkommission das Haus in der Kärntner Straße 418 abzureißen. Bei diesem Gebäude handelt es sich um das ehemalige Gasthaus Schwarz, das gemeinsam mit der Kirche und dem Pfarrhaus den ursprünglichen historischen Ortskern von Straßgang bildet. Dieser Ortskern befindet sich in einer Altstadt-Schutzzone, und diese Schutzzone ist Teil des Weltkulturerbes „Altstadt Graz“.

Mit dem Abriss dieses rund 300 Jahre alten Gebäudes würde auch ein wesentliches Stück Grazer Geschichte unwiderruflich vernichtet werden; weshalb sich nicht nur der Bezirksvorsteher Mag. Gerald Haßler namens des Bezirkrates an die Volksbank Graz-Bruck gewandt und diese um Erhalt zumindest der Fassade ersucht hat, sondern es hat sich auch eine BürgerInneninitiative gebildet, die eine Unterschriftenaktion gestartet hat.

Die Reaktion der Volksbank Graz-Bruck war aber bisher sehr wenig befriedigend. Zwar wird in einem Schreiben grundsätzlich bestätigt, dass der Erhalt der Substanz natürlich möglich wäre – allerdings würden die Sanierungskosten ein „über das Wirtschaftliche hinausgehende Maß erreichen“. Denn eine bauliche Integration des Altbestandes in den geplanten Neubau wäre auf Grund von Niveauunterschieden nicht „sinnvoll möglich“, und außerdem käme das Haus freistehend einfach besser zur Geltung.

Die Conclusio, und ich zitiere jetzt aus dem Volksbank-Schreiben an Herrn Bezirksvorsteher Haßler: „Da Ihnen und der Bürgerinitiative pro-Straßgang der Verbleib dieser Gebäudesubstanz sehr wichtig erscheint, ist es nahe liegend, dass auch Sie entsprechende Schritte unternehmen, um den Verbleib der Altsubstanz zu sichern. Wir stellen uns vor, dass Sie mit Ihrer Bezirksorganisation zu einem bevorzugten Mietpreis von € 8,-/m<sup>2</sup> zuzüglich Umsatzsteuer und Betriebskosten den Altbestand im sanierten Zustand, es handelt sich hierbei um eine Nutzfläche von 160 m<sup>2</sup>, anmieten. Wir setzen voraus, dass Sie auch bereit sind, einen entsprechenden

Kündigungsverzicht abzugeben und eine übliche Kautionsleistung zu leisten.“ Und weiter: „Das Haus wird Ihnen saniert übergeben, wobei etwaig notwendige Innenausstattung und baulich notwendige Umgestaltungen im Innenbereich von Ihnen als Mieter zu tragen sind.“ Dated ist das Schreiben mit 1. März – dieses „Angebot“ unter Anführungszeichen gilt bis spätestens 15. März, also eine sehr knappe Zeit.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich erspare mir und Ihnen den Kommentar zu diesem doch sehr eigenartigen Vorgehen der Volksbank Graz-Bruck. Einerseits wird zwar bestätigt, dass dieses historische Gebäude natürlich erhalten bleiben könnte, ja, die Volksbank spricht sogar davon, dass es freistehend noch besser zur Geltung käme – um aber andererseits zu signalisieren, dass ihr eigentlich das Objekt vollständig egal ist: Denn nur wenn der Bezirksrat oder die BürgerInneninitiative zu knallharten Konditionen zur Anmietung bereit wäre, kann das 300 Jahre alte Haus gerettet werden. Um es einfach auf den Punkt zu bringen: Besonders groß scheint das Engagement der Bank für den Erhalt des Gebäudes nicht zu sein; und dass man - statt die eigene Immobilienabteilung darauf anzusetzen, ob und wie das Gebäude weiterverwendet werden kann - einzig und allein Bezirksrat und Bürgerinitiative damit befassen will, spricht auch dafür beziehungsweise auch nicht gerade für das Interesse der Bank für den Erhalt eines Gebäudes. Und das, ich betone dies nochmals, trotz eines negativen Gutachtens der Altstadtsachverständigenkommission, da mit dem Abriss unwiederbringlich der historische Ortskern und damit ein Stück der Straßganger Geschichte zerstört würde.

Und ich bin auch davon überzeugt, dass bei einigermaßen gutem Willen das Gebäude gerettet werden könnte – allein schon zu sehen, dass es auch seitens der Volksbank ein wirkliches Bemühen darum gäbe, wäre ein erstes Zeichen auch für den Bezirk Straßgang, dessen Bezirksrat sich in dieser Angelegenheit bereits an Sie gewandt hat, Herr Bürgermeister, ein sehr positives Zeichen in diese Richtung.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, mit der Volksbank Graz-Bruck Gespräche zu führen, um diese auf die Bedeutung dieses Objektes für Straßgang aufmerksam zu machen und auf sie einzuwirken, nach ernsthafteren Möglichkeiten für die Rettung des Gebäudes Ausschau zu halten, als es nur der Bezirksvorstehung und der BürgerInneninitiative zur Anmietung anzubieten (*Applaus SPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Verbesserungen bei der Rezeptgebührenbefreiung**

GRin. **Felbinger** stellt folgenden Anfrage:

GRin. **Felbinger**: Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie Sie alle wissen, ist beim Kauf eines ärztlich verschriebenen Medikamentes die sogenannte Rezeptgebühr zu bezahlen. Personen, die einen überdurchschnittlichen hohen Aufwand auf Grund von Krankheiten und Gebrechen haben beziehungsweise Personen, die wegen sozialer Schutzbedürftigkeit eingestuft werden, können um die Befreiung dieser Rezeptgebühr ansuchen.

Unserer Meinung nach sind diese Grenzen zu niedrig. Vor allem PensionistInnen, die knapp über dem Ausgleichszulagenrichtsatz liegen, sind derzeit durch die hohe Rezeptgebühr, die jährlich erhöht wird, belastet. Die Begrenzung der Arzneimittelkosten auf 2 % des Einkommens, welche im Regierungsübereinkommen von SPÖ und ÖVP angekündigt wird, kommt frühestens im Jahr 2008, wenn sie nicht an technischen und Datenschutzproblemen scheitert. Deshalb treten wir dafür ein, diese Grenze weiter anzuheben.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Einkommensgrenzen für Rezeptgebührenbefreiungen auf ein höheres Niveau angehoben werden, um die Betroffenen in diesem Bereich finanziell zu entlasten (*Applaus KPÖ*)?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **7) Betonwerk Viertl**

GR. **Schmalhardt** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schmalhardt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Mühlfelderweg 30 in Straßgang befindet sich das Betonwerk Viertl, welches bisher als Ziegelwerk tätig war. Der Betrieb wurde vor kurzem aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Auf dem Betriebsgelände lagern Baumaterialien, Bauschutt, Geräte und Ähnliches. Die Lagerung dieser Materialien und der Zustand des Betriebsgeländes lassen wirklich zu wünschen übrig.

Weiters werden die Betriebshallen umgebaut und anscheinend einer neuen Nutzung zugeführt.

Bereits im Jahr 2004 wurde von der Firma Viertl auf diesem Betriebsareal ohne entsprechende behördliche Genehmigung eine Betonmischanlage errichtet und in Betrieb genommen. Dieser konsenslos errichtete Betrieb wurde noch im selben Jahr durch den unabhängigen Verwaltungssenat eingestellt.

Nachträglich wurde eine Firmenneugründung für diese Betonmischanlage durchgeführt und jetzt die notwendigen Gewerbe- und Bauverfahren eingereicht. Die erste gewerberechtliche Verhandlung findet am 21. 3. 2007 statt.

Die Befürchtungen der Anrainer richten sich nicht nur auf die Lärm- und Staubentwicklung sondern insbesondere auf den zusätzlichen Schwerverkehr von zirka 100 täglichen Fahrten von Schotter- und Betonmischfahrzeugen.

Aus Sicht der Anrainer ist der Mühlfelderweg für diesen Schwerverkehr nicht geeignet. Eine neue Zufahrt über das angrenzende Industriegebiet von der Neuseiersbergerstraße wäre anzustreben.

Ich richte an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion folgende

### **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, dem Anliegen der Anrainer nachzugehen:

1. Überprüfung der jetzigen Zufahrt Mühlfelderweg hinsichtlich der ausreichenden Kapazität.
2. Errichtung eines Geh- und Radweges im nördlichen Bereich des Mühlfelderweges. Die Grundstücke sind bereits von den Eigentümern abgetreten worden.
3. Schaffung einer neuen Betriebszufahrt mit Unterstützung der Stadt Graz.
4. Bau- und gewerberechtliche Überprüfung des bisherigen Firmenareals der Firma Viertl hinsichtlich der zukünftigen Nutzung und der derzeit durchgeführten Umbauarbeiten (*Applaus KPÖ*).

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **8) Bio- und gentechnikfreie Buffets bei Bürgermeister-Empfängen**

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich muss jetzt noch einmal kurz auf Ihre Buffets zurückkommen. Anlässlich des ORF-Schwerpunkts zur Ernährung möchten wir Grüne hier im Gemeinderat auch wieder einmal auf dieses Thema der biologischen und gentechnikfreien Buffets im Grazer Rathaus verweisen. Ich denke, biologische Lebensmittel, dass die besser schmecken, weil sie eben keine unerwünschten chemischen Rückstände oder Zusatzstoffe enthalten, dass sie gesünder sind etc, das, sind glaube ich, Dinge, über die wir uns mittlerweile einig sind. Dass der ökologischer Landbau auch ein aktiver Beitrag zu Boden-, Gewässer- und Grundwasserschutz ist, eben durch die angepasste Fruchtfolgen und durch die Kreislaufwirtschaft, und generell eben den Natur- und Klimaschutz fördert, ist, glaube ich, ebenfalls eine Tatsache, die hier herinnen alle unterschreiben würden. Die Stadt Graz leistet ja auch schon einen wesentlichen Beitrag in ihren Einrichtungen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) zum Thema biologische Ernährung in Graz. So wurde ja auch auf unser Betreiben hin der Bioanteil in der Zentralküche auf 30 % angehoben, das bedeutet, dass sozusagen die Einrichtungen, die öffentlichen Einrichtungen in Graz, die eben die Speisen der Zentralküche in Anspruch nehmen, ja auch biologisch versorgt werden, also die Kindergärten, Krippen, Krankenhäuser, SeniorInnenheime etc.

Sie, Herr Bürgermeister, haben wir, wie schon mehrere Male, auf Ihre Buffets, die Sie immer dankenswerterweise auch im Rathaus ausrichten, angesprochen, die sind über weite Strecken leider nicht mit biologischen Lebensmitteln ausgestattet. Uns besonderer Dorn im Auge und vor allem auch meiner Kollegin Sigi Binder sind die von uns nicht sehr liebevoll „Wurstbrotbuffets“ genannten Buffets, die von Ihnen ausgerichtet werden, aber auch zum Beispiel der Weihnachtsempfang von den GemeinderätInnen nach der Gemeinderatssitzung, der war auch alles andere als biologisch, wie ich hier kritisch anmerken möchte und gerade in Graz ist die Dichte an Bioläden, Restaurants auch Zustelldienste, wie zum Beispiel, ich mag jetzt keine Werbung machen, ich glaube, da können Sie sich gut selber informieren, besonders dicht. Und deswegen wieder einmal an Sie die

**A n f r a g e :**

Was haben Sie mittlerweile unternommen, um die von Ihnen ausgerichteten beziehungsweise gesponserten Buffets zur Gänze auf biologische und gentechnikfreie Produkte umzustellen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Nachdem ich heute alle Fragen über Buffets beantworte, möchte ich auch auf Ihre Anfrage jetzt kurz eingehen. Gentechnikfrei, es ist davon auszugehen, dass auf Grund der Initiativen der Österreichischen Bundesregierung unter dem Minister und jetzigen Vizekanzler Molterer und unserem Lebensminister Pröll in Österreich für die Bevölkerung nur gentechnikfreie Produkte in Verkehr kommen und ich hoffe inständig, dass wir noch keine genmanipulierten Lebensmitteln bei Empfängen ausgegeben haben. Wir achten da aber auch darauf, manchmal habe ich das Gefühl, es gibt ein besonderes Gen, weil die Leute wollen nicht heimgehen bei unseren Empfängen, weil Sie sich hier im Rathaus wohlfühlen. Jetzt komme ich zum Biologischen. Nicht umsonst wird Österreich in Europa als der Feinkostladen bezeichnet, vor allem dadurch, dass auf Grund des hohen Standards der Lebensmittelgesetze und Tierhaltungsbestimmungen etc. vor allem von unseren Bäuerinnen und Bauern heimische Produktenprodukte in höchster Qualität für Konsumenten angeboten werden. Darauf wird bei der Bestellung seitens der Stadt Graz bei Empfängen und in der Zentralküche geachtet. Mir ist es auch sehr wichtig, dass die Lieferanten, Sie hören jetzt immer wieder von den Ökobilanzen, auch eines Buffets etc, dass sie möglichst aus der Region kommen und darauf lege ich Wert, damit die Wege für Zustellung und Abholung detto auch kurz gehalten werden, das ist eine Geschichte. Aber ich werde auch Ihre heutige Erinnerung wieder aufnehmen, um möglichst zu schauen, dass wir auch zu Weihnachten dann Biokekse haben werden und bei den Wurstsemmerln beziehungsweise bei den Jausen ist es halt nicht immer ganz so einfach, aber wir werden uns da wieder noch mehr daran orientieren. Danke auch für die Anfrage.

## 9) Studierendenermäßigung

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Die Studierendenermäßigung im ÖV-Bereich, auch darüber haben wir hier im Gemeinderat schon öfter gesprochen. In der Steiermark ist es so, dass die Studierendenermäßigung an den Bezug der Familienbeihilfe gekoppelt ist. Es gibt aber zahlreiche Studierende, die diese Familienbeihilfe nicht mehr beziehen, obwohl sie ordentliche Studierende sind, weil sie einen Studienwechsel hinter sich haben, auch durch Studienunterbrechung auf Grund von Schwangerschaft, Zivildienste, da gibt es zahlreiche Gründe, warum man um die Familienbeihilfe, auch Studienplanumstellungen können zum Verlust der Familienbeihilfe führen, wo die Studierenden eigentlich nichts dafür können. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass Studierende aus EU-Ländern generell vom Bezug der Ermäßigung im ÖV ausgeschlossen sind, weil in sehr, sehr vielen EU-Ländern es kein äquivalentes System der Familienbeihilfe gibt und die Verkehrsbetriebe da eben sagen, die Familienbeihilfe ist die Voraussetzung und wenn man diese nicht erfüllt, bekommt man hier keine Ermäßigung und das trifft eben auch gerade Studierende aus den südost-europäischen Ländern, die generell jetzt finanziell nicht zu den Potentesten zählen und gleichzeitig auch in Österreich keine Arbeitsgenehmigung bekommen, also das ist auch ein wesentlicher Grund für uns, das hier anzusprechen. Es gab in der Zwischenzeit durch die Österreichische HochschülerInnenschaft, durch die Studierendenvertretung eine Delegation, also von allen Universitäten in Graz, die mit dem Verkehrsverbund gesprochen hat mit dem steirischen, aber auch mit der zuständigen Verkehrslandesrätin Edlinger-Ploder, wo es um Verbesserungen in diesem Bereich gegangen ist. Einerseits eben um die Entkoppelung vom Bezug der Familienbeihilfe, andererseits aber auch um andere Wünsche der Studierenden, also eine Flexibilisierung von wann bis wann man die Studierendenkarte beziehen kann. Die Kompetenz für diese Zugangskriterien für die Studierendenermäßigung liegt in den Bundesländern und in den zuständigen Landeshauptstädten, also an dem Fall auch von Graz. Es gibt hier seitens der Studierenden auch den Vorschlag, der durchaus überlegenswert ist, eine Vergünstigung nicht nur in die Familienbeihilfe, sondern an den Ort des Hauptwohnsitzes zu koppeln, was für die Stadt den Vorteil hätte, dass zusätzlich Studierende sich in Graz melden würden, also auch ihre

Steuern und Abgaben an Graz abführen würden und dafür eben sozusagen den verbilligten öffentlichen Verkehr im Gegenzug erhalten würden. In dieser Art und Weise wird das in Städten wie Linz beispielsweise gemacht, die haben eine andere Regelung als wir und auch in Wien ist es so, dass man für den Hauptwohnsitz eine Ermäßigung bekommt und zusätzlich für die Familienbeihilfe, aber dass das generell entkoppelt ist.

Auf Grund dieser Problematik folgende

### **A n f r a g e**

an Sie:

Sind Sie bereit in ihrer Funktion als Bürgermeister der Universitätsstadt Graz Verhandlungen mit dem Land Steiermark, dem Bund und dem Verkehrsverbund Steiermark zu führen, um analog zu den Regelungen in Wien eine Studierendenermäßigung beim Verkehrsverbund an den Hauptwohnsitz zu koppeln beziehungsweise eben diese Förderung vom Bezug der Familienbeihilfe zu entkoppeln?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **10) Unterstand bei GVB-Haltestelle Schippingerstraße**

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie entschuldigen, dass ich nicht anwesend war, als Sie mich aufgerufen haben. Nach zwei Anfragen von ÖVP und SPÖ zwei Stunden Diskussion, nachdem diese gleich beantwortet wurden, ist mir schlecht geworden beim Zuhören und ich musste mal für kurze Zeit an die frische

Luft. Aber ich denke, dieses Problem, das ich jetzt habe, bekomme ich sicherlich nicht eine persönliche Antwort darauf und darf auf eine schriftliche Beantwortung warten, vielleicht geht es sich innerhalb von drei Monaten aus. In der Augasse befindet sich die Haltestelle Schippingerstraße der Buslinie 67 in Fahrtrichtung stadteinwärts.

In unmittelbarer Nähe befinden sich eine Volksschule und Kindereinrichtungen. Darüber hinaus gibt es dort eine Heimgartenanlage, deren Besitzer meist ältere Personen sind, von denen viele den GVB-Bus benutzen. Außerdem gibt es in der Nähe auch die große Au-Siedlung.

Derzeit sind die Fahrgäste an dieser Haltestelle bei Regenwetter nicht geschützt. Deshalb wäre es wünschens- und empfehlenswert, sie mit einem Unterstand zu versehen, damit die Leute nicht im Regen stehen müssen.

Mit dieser Anfrage soll auch der Bezirksrat Gösting unterstützt werden, der bereits einen einstimmig beschlossenen Antrag für die Errichtung eines Wartehäuschens bei dieser Haltestellung gestellt hat.

Ich richte deshalb an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, dafür zu sorgen, dass die Fahrgäste, welche die GVB-Haltestelle Schippingerstraße benutzen, nicht mehr lange im Regen stehen müssen (*Applaus KPÖ*)?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 11) Lärm im Universitätsviertel

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Meine Anfrage betrifft wieder das Uni-Viertel, respektive den Lärm im Uni-Viertel. Nach wie vor werden die Anrainerinnen und Anrainer des Universitätsviertels vom nächtlichen 'Partylärm' geplagt. Natürlich sind nicht alle Lokalbesucher rücksichtslose 'Rabauken', die absichtlich durch Grölen, Schreien und Herumbrüllen den Bewohnern die Nachtruhe rauben. Jeder von uns weiß, dass man in ausgelassener Stimmung leicht seine Umgebung vergessen kann und so gar nicht absichtlich, aber dennoch andere durch Lachen und Herumalbern in ihrer Ruhe stört.

Vor etwa einem Jahr etwa habe ich vorgeschlagen, das sogenannte Projekt 'OLGA – Ohne Lärm Geht's Auch' im Universitätsviertel zu testen. Leider wurde dieser Vorschlag von der Stadt Graz nicht aufgegriffen, Ähnliches wird aber, wie ich gelesen habe, nun in einigen Schulen als Pilotversuch umgesetzt. Lärmampeln, die Alarm schlagen, wenn es zu laut ist, werden in 50 steirischen Schulen getestet. Wird der Geräuschpegel zu hoch, dann schaltet die Lärmampel auf Rot.

Ich könnte mir vorstellen, dass solche Lärmampeln an überlegten Punkten durchaus auch im Universitätsviertel Sinn machen würden. Betrunkene oder rücksichtslose 'Lärmerzeuger' werden sich dadurch zwar nicht beeindrucken lassen, aber man könnte Ihnen anschaulich vor Augen führen, wie störend ihr Verhalten ist und jene, die unbeabsichtigt Lärm verursachen, könnten auf diese Weise darauf aufmerksam gemacht werden, dass es an der Zeit wäre, sich etwas zurücknehmen und mehr Rücksicht auf die Bewohner zu nehmen.

Daher stellt ich folgende

### **A n f r a g e**

an Sie, ob Sie bereit sind, durch das Umweltamt prüfen zu lassen, ob ein Lärmpegelmessgerät, das mit einer akustischen Anzeige versehen ist, sei es nun die

oben erwähnte 'OLGA' oder auch die in steirischen Schulen derzeit getestete Lärmampel, installiert werden könnte?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 12) Jugend und Alkohol

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kaum eine Woche vergeht, in der nicht in den Medien in irgendeiner Form über Alkohol und Jugendliche berichtet wird. Das ist auch gut so, denn nur durch ständiges Aufzeigen kann es gelingen, der Verharmlosung des Suchtmittels Alkohol ein Ende zu bereiten. Umfragen, wonach bis zu 27 Prozent der Jugendlichen manchmal so viel trinken, bis sie umfallen, Elfjährige mit Blutalkoholwerten bis zu drei Promille, regelmäßig bis zu vier Kinder pro Wochenende in der Kinderklinik sind ernste Warnsignale, sind Aufforderung genug, dass reagiert werden muss.

Gerade Kommunalpolitiker haben die Aufgabe, massiv gegen den Alkoholkonsum der Jugendlichen vorzugehen. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Graz tätig wird. Wir können uns nicht nur auf Lebensmittelketten, wie zum Beispiel die Firma SPAR, private Vereine und Initiativen engagierter Einzelpersonen verlassen, sondern müssen sozusagen 'von Amts wegen' gegen den Alkoholkonsum der Grazer Kinder vorgehen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind von den zuständigen Magistratsdienststellen, eventuell unter Einbeziehung von Experten, ein Konzept ausarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorlegen zu lassen, das ein aktives Tätigwerden der Stadt Graz gegen den Alkoholkonsum Jugendlicher ermöglicht?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.***